

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt. S. 6448

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Hinbgarde gegen die Gemeindearbeiter.

Unsere Kollegen kennen sie bereits zur Genüge, jene Arbeiter, die sich der ganz besonderen Hochachtung und Fürsorge einer hohen Staatsregierung, der Polizei- und Justizbehörden und des Unternehmertums erfreuen. Diese gewerkschaftlichen Franktireure haben aus dem Streikbruch ein Gebilde gemacht und tauchen überall da auf, wo Arbeiter mit dem Unternehmertum im Kampf liegen. Ist der Streikbruch an sich schon eine verächtliche Betätigung, so ist der organisierte gewerbliche Arbeitswilligendienst noch viel, viel verächtlicher. Es ist wirklich bedauerlich, daß sich unter der Arbeiterchaft noch Kreaturen befinden, die sich zu solchem Dienst hergeben und sich zu diesem Zweck noch von Unternehmern ausnutzen lassen. Denn darauf läuft letzten Endes dieser organisierte Arbeitswilligendienst hinaus. Wie ein anderer Unternehmer aus alten Lumpen und Sadern einen Profit zu schlagen sucht, so suchen diese „Unternehmer“ aus den niedersten Schichten der menschlichen Gesellschaft für sich Vorteile zu erzielen. Denn es ist gerichtsnotorisch, daß diese Arbeitswilligendienstleute sich aus dem Abichaum der Gesellschaft rekrutieren.

Wie diese Unternehmer des organisierten Streikbruchs jede Situation für sich auszunutzen suchen, davon legt ein Zehrittstück Zeugnis ab, das uns durch einen günstigen Zufall in die Hände gekommen ist. Mürlich hielten unsere Kollegen in Frankfurt a. M. eine Versammlung ab, in der über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesprochen wurde. Das Resultat war die Annahme dieser Resolution:

Die Versammlung der händischen Arbeiter und Bediensteten konstatiert, daß ihre derzeitigen Löhne infolge der unausgesetzten Steigerung der Preise für die Lebenshaltung keineswegs mehr ausreichen, um damit die notwendigen Ausgaben beitreten zu können. Sie beauftragt daher die Arbeiterausschüsse und die Organisation der händischen Arbeiter, umgehend die erforderlichen Schritte zur Einreichung einer Lohnforderung einzuleiten. Die Versammelten geben gleichzeitig der Erwartung Ausdruck, daß die händischen Körperschaften sich der Notwendigkeit einer Aufbesserung der Löhne nicht verschließen werden.

Von dieser Versammlung brachte die „Frankfurter Volkstimme“ einen kurzen Bericht. Wohl auf Grund dieses Berichtes lief wenige Tage danach beim Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. nachstehender Offertbrief ein:

E. Lange, Essen-Ruhr, Schlichtsch 316. 27. August 1912.
Vertraulich! An den Magistrat der Stadt Frankfurt a. M.

Wie ich aus einer Zeitung ersehe, sind Ihre Gemeindearbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß es zu einem Streik kommt. Inwieweit diese Zeitungsnotiz richtig ist, vermag ich natürlich nicht zu beurteilen, doch möchte ich nicht verfehlen, Sie bei dieser Gelegenheit auf mein Unternehmen aufmerksam zu machen und Sie bitten, sich im Falle eines Streikausbruches freundl. meiner bedienen zu wollen.

Ich befaße mich nämlich seit Jahren damit, durch Beschaffung von Arbeitswilligen den Streiks zu begegnen, und auf diese Weise die durch Streik betroffenen Betriebe aufrecht zu erhalten. Dieses ist mir auch in allen Fällen gelungen.

Durch enge Fühlung mit dem unorganisierten Arbeiterstand bin ich jederzeit in der Lage, jede gewünschte Anzahl von Ar-

beitern, gleichviel welcher Branche und Kategorie, in kürzester Zeit zu beschaffen, und bemerke noch ausdrücklich hierbei, daß diese Arbeiter in bezug auf Leistungsfähigkeit usw. nichts zu wünschen übrig lassen. Zurzeit halte ich mit meinen Leuten den Betrieb des Stahlwerkes Oeding zu Düsseldorf aufrecht, wenigstens zum großen Teil.

Mit meinen und meiner Leute Leistungen ist man überall zufrieden.

Ich erlaube mir nun, Sie höflichst zu bitten, sich im Falle eines Streikausbruches freundlichst meiner Erfahrungen und Dienste bedienen zu wollen, und glaube ich versichern zu können, daß Sie in jeder Weise zufriedengestellt sein werden.

Gegen Erstattung der Reise- und Aufwandskosten bin ich auch gerne bereit, behufs Besprechung der Angelegenheit nach dort zu kommen; eventuell erbitte Vertreter nach hier.

Indem ich mir noch weiterhin erlaube, unten einige Referenzen anzugeben, sehe ich einer freundlichen Antwort gerne entgegen und verbleibe

Mit aller Hochachtung

Ed. Lange, i. B.: Name unleserlich.

Referenzen: Stahlwerke Oeding-Düsseldorf, Gußwerk Aachen, J. G. Vonderheden G. m. b. H. Aachen.

P. S.: Im Interesse der Sache ist strengste Diskretion erforderlich. Desgleichen wird höflichst ersucht, bei Beantwortung diesbezüglicher Schreiben keine Postkarte zu benutzen.

Hier haben wir einen interessanten Einblick in den Betrieb eines Streikbrechervermittlers. Der Brief deckt in erfreulicher Weise eine der trüben Quellen auf, aus denen das Unternehmertum mit Streikbrechern versorgt wird. Ehrenfing hat Konkurrenz erhalten und wie es scheint, eine recht betriebfame Konkurrenz. Denn dieser Streikbrechervermittler Lange wittert da schon einen Streik, wo die Arbeiter auch nur den schwächtern Anjaß zu einer Lohnbewegung machen. Die Resolution unserer Frankfurter Kollegen ist so zahm wie möglich gehalten. Sie konstatiert nur die Tatsache der niedrigen Löhne, die in keinem Verhältnis stehen zur Steigerung der Preise für die Lebensmittel, und sie beauftragt die Arbeiterausschüsse, die erforderlichen Schritte zur Einreichung einer Lohnforderung einzuleiten. Das genügt schon dem Herrn Lange in Essen, um dahinter einen Streik zu wittern und seine ehrenwerten Dienste in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Wir wissen nicht, ob und in welcher Weise der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. diesen Offertbrief beantwortet hat. Zu seiner Ehre wollen wir annehmen, daß er ihn unbeantwortet gelassen hat. Hat doch der neue Oberbürgermeister Voigt, der am 1. Oktober sein Amt antritt, erklärt, daß er — im Gegensatz zu den Gepflogenheiten des gegenwärtigen Oberbürgermeisters Adices — nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationen anerkennt, sondern daß er auch bereit sei, mit den gewerkschaftlichen Vertretern über Lohn- und Arbeitsfragen zu verhandeln. Was übrigens in letzter Zeit auch schon seitens einiger Stadträte geschehen ist. Da besteht die Hoffnung, daß auch über die berechtigten Forderungen unserer Frankfurter Kollegen bald eine Verständigung erzielt wird und daß es der Hausreißerdienste des Herrn Lange und seiner Garde nicht bedarf. Immerhin zeigt sein Brief, daß alle organisierten Arbeiter vor ihm auf der Hut sein müssen.

Etwas vom „Uebersozialismus“.

Vor kurzem hatte der bekannte konservative Professor Adolf Wagner auf dem evangelisch-sozialen Kongress zu Essen sich für Verstaatlichung sowie Verstädtlichung großer Industrien ausgesprochen. Er hatte dabei unter anderem dem Sinne nach ausgesprochen: Das Hauptkohlengebiet ist in den Händen von Privatunternehmern, und der Betrieb bringt Gewinn zugunsten der Gesellschaften in großen Twindenden, kolossalen Gehältern und Lantimen. Kann das der Staat nicht ebenso gut? Und können denn nicht diese Gewinne in die Taschen der Gesamtheit fließen? Wenn die enormen Ueberschüsse dem Staats- oder Stadtfiskus zugute kämen, könnten sie zur Vermeidung höherer Steuern verwendet werden.

Diese kathedersozialistischen Regereien haben den angestellten Kapitalinteressensvertreter Paul Steller auf den Plan gebracht. Der Generalsekretär des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln ist nämlich zunächst in den „Preussischen Jahrbüchern“ „wissenschaftlich“, dann in der letzten Nummer der „Arbeitgeberzeitung“ scharfmacherisch gegen den „Uebersozialisten“ Wagner zu Felde gezogen. Er kommt natürlich wieder mit der schon xmal widerlegten Behauptung, daß öffentliche Betriebe notwendigerweise teurer arbeiten als private. Daß die preussischen Staatsbahnen alljährlich mehrere hundert Millionen Mark Ueberschüsse abwerfen und die meisten Etats der deutschen Großstädte erst durch die enormen Ueberschüsse der kommunalen Gaswerke ausbalanciert werden, braucht Herrn Steller nicht zu bedrücken, zu was gibt es denn eine Tendenz-„wissenschaft“, die unangenehme Dinge unterschlägt.

Aber auch die „Beweise“ für das teurere Arbeiten öffentlicher Betriebe verdienen von unserm Standpunkt aus einige Beachtung. Im Grunde ist es eigentlich nur ein Beweis. Er erzählt nämlich, bei öffentlichen Betrieben kämen die Angestellten und namentlich die Arbeiter mit stets größeren Ansprüchen, und die Verwaltung müsse ihnen in weit höherem Maße nachgeben, als ein Privateigentümer. Als Beispiel führt er die Lohnverhältnisse der städtischen Straßenbahn zu Köln an. Im Jahre 1900 sei die Straßenbahn von der Stadt übernommen worden, und seitdem seien jedes Jahr die Aufwendungen für die Arbeiter an Löhnen und sonstigem gestiegen. Um was für Löhne es sich dabei handelte, verrät er leider nur für ein Jahr. Im Frühjahr 1905, so teilt er mit, wurden die Löhne für Schaffner und Fahrer auf — 90 bzw. 105 Mk. monatlich mit Steigerung binnen 15 Jahren auf 135 bzw. 150 Mk. erhöht.

Das war nun schon fünf Jahre nach der Verstädtlichung! Da kann man sich vorstellen, wie „hoch“ sie im Privatbetriebe gewesen sein mögen! Wir haben wiederholt über die traurige Lage unserer Kölner Kollegen bei der Straßenbahn berichtet. Daß überhaupt jemand den Mut hat, diese Lohnverhältnisse als entscheidend für die bessere Rentabilität der Privatbetriebe ins Feld zu führen, ist so ziemlich alles was sein kann.

Nun weisen aber — leider — alle unsere bisher aufgenommenen Statistiken über Lohn und Arbeitszeit einwandfrei nach, daß die städtischen Betriebe ganz erheblich hinter der Privatindustrie zurückstehen.

Aber selbst wenn unsere Organisation einmal so weit sein wird, dieses Manco auszugleichen, sprechen noch immer tausend Gründe für eine größere Rentabilitätsfähigkeit öffentlicher Betriebe. Dazu gehört z. B. auch, wie der gewiß zahme Wagner richtig andeutete, die Auszahlung ungeheurer Tantiemen an Aktionäre, wahrhaftig hohe Direktionsgehälter, Geldpfriinden für Aufsichtsratsmitglieder. All das sind Dinge, von denen ein gut Teil (der weitaus größte) als schmerzliche Belastung des Betriebes bezeichnet werden muß.

Das erscheint Herrn Steller freilich „geradezu abgeschmackt“. „Was sollten denn“, so ruft er aus, „beispielsweise

die Tausende von Aktionären der Gelsenkirchener oder Sarpener Bergbaugesellschaft tun, um im Sinne des großen Volkswirtschaftslehrers nicht müßig zu sein? Sollten sie sich alle an der Verwaltung persönlich beteiligen, von der sie doch meistens nichts verstehen . . . ?“

Außerdem seien doch viele von ihnen auf andere Weise tätig, in Handel und Gewerbe, als Beamte, Offiziere und sogar als Gelehrte. Und nun kommt noch eine Glanzperle. Herr Steller schreibt:

„Auch die Rentner . . . erfüllen eine wirtschaftliche Aufgabe durch zweckentsprechende Verwaltung ihres Vermögens. Rentiers haben sie auch eine rege persönliche Tätigkeit im Geschäftsleben ausgeübt, ehe sie sich dem Rührgang ergeben konnten. Zudem sind sie für den Staat und das Gemeinwesen als Steuerzahler, für das Wirtschaftsleben als große Verbraucher sehr schätzenswerte Bestandteile des Volkes. Sie ernähren ganze Geschäftszweige (1), die Hausbau, Wohnungseinrichtung, Wagen- und Automobilbau, Anfertigung von Luxus- und Kunstgegenständen usw. betreiben. . .“

Wem will Herr Steller noch mit solchem Unsinn imponieren? Das glauben ja nicht einmal die „Gelben“ mehr! Daß die Rentner ernährt werden und volkswirtschaftlich betrachtet nichts weiter wie Trohnen am Volkskörper sind, ist doch wahrlich nicht schwer herauszufinden.

Aber ein anderes Schrecknis hat es Herrn Steller angetan. Es könnte als eine Art Vorfrucht des sozialistischen Zukunftsstaates dahin kommen, daß die Löhne sich nach den Geschäftsgewinnen richten müssen. Er meint dazu:

„Dies wäre aber ein sehr bedenklicher Grundsatz. Denn er läuft auf die Gewinnbeteiligung der Arbeiter hinaus, die unser Unternehmertum mit Recht ablehnt und die schon deshalb unmöglich ist, weil nicht alle Arbeiter, sondern nur der kleinste Teil von ihnen bei Unternehmungen mit hohen Gewinnen beschäftigt werden können, während die übrigen mit der Arbeit in weniger einträglichen oder ganz erfolglosen Betrieben vorlieb nehmen müssen.“

Ach ja, ein Generalsekretär der Industriellen hat es nicht so leicht! Er soll die Existenzberechtigung seiner Protage beweisen und nicht nur diese, sondern auch noch die kolossale Dividendenschluderei auf Kosten der Allgemeinheit. Das ist ein Unterfangen, bei dem man ohne eine gehörige Portion — sagen wir — Unkenntnis der elementarsten wirtschaftlichen Tatsachen nichts fertig bringt.

Als Kuriosum, das uns allerdings wenig in Erstaunen setzt, sei noch erwähnt, daß die Professoren Gerkner und Wagner sich allen Ernstes mühen, den Generalsekretär ernst zu nehmen und ihm in ihrer Erwiderung sogar saule Konzessionen machen.

Hat es ihnen der gefährliche Titel „Uebersozialist“ angetan, den sie nicht auf sich sitzen lassen möchten, oder ist es die traditionelle professorale Naivität, die sie nicht erkennen läßt, daß bei einem Steller Hopfen und Malz verloren ist?

Unsere Kollegen können jedenfalls aus den Debatten ersehen, daß der Aktionär ein viel wichtigeres Wesen ist als der Arbeiter, und daß sich die Arbeiterfeindschaft der Scharfmacher noch viel efler bemerkbar machen wird, sobald wir etwas bessere Verhältnisse vermittelt unserer Organisation durchgesetzt haben werden. Das kann aber nur um so stärkerer Anlaß sein, allmählich vorbildliche Verhältnisse zu schaffen auch für die Privatindustrie. Sei es auf friedlichem Wege, sei es unter Anwendung der uns gesetzlich zustehenden stamsmittel.

E. D.

Furcht ist die Wurzel der Feigheit. Der Arbeiter soll sie austrotten, diese schädliche Pflanze und an ihrer Stelle den Mut tiefe Wurzeln schlagen lassen. Wollt ihr glücklich sein, so tractet vor allem nach Mut.

W. Weiling.

Erfolgreicher Lohnkampf der Streckenarbeiter in Bremen.

Die Lohnbewegung der bremischen Staatsarbeiter vom Jahre 1911 hatte für die schlechtest entlohnten Arbeiter das Beforderte nicht gebracht. Allen Arbeitern war eine Zulage von 20 Pf. pro Tag gewährt worden, und so blieben die gewaltigen Unterschiede in den Löhnen bestehen. Aus diesem Grunde sahen sich die Vertreter der Baudeputation veranlaßt, im Februar erneute Forderungen zu stellen.

Durch die Arbeiterausschüsse wurden die Wünsche den einzelnen Verwaltungen überreicht. Neben Lohnerböhung waren auch Dienstalterszulagen nach dem Muster der anderen städtischen Betriebe gefordert worden. Die Wasserbauarbeiter und Streckenarbeiter haben nur Anfangslöhne, wohingegen in allen anderen Betrieben Dienstalterszulagen gewährt werden. Im Juni wurde den Wasserbauarbeitern, die bisher einen Lohn von 4 Mk. pro Tag verdienten, die Neuregulierung der Löhne bekanntgegeben. Aus dieser ging hervor, daß Dienstalterszulagen gewährt waren, dafür hatte man jedoch die Anfangslöhne auf 3,80 Mk. pro Tag heruntersetzt. Die Arbeiter vom Wasserbau werden hierzu noch ein Wort mitreden. Aber auch die Streckenarbeiter, die am 21. Februar ihre Forderungen eingereicht hatten, sollten Verschlechterung erhalten. Hierzu wurde in einer Versammlung scharf Stellung genommen und erneute Forderungen gestellt. Gewünscht wurde von der Deputation, innerhalb acht Tagen darauf zu antworten, weil die Forderungen vom Februar noch unberücksichtigt geblieben seien. Die Antwort erfolgte dann auch, aber nicht auf die letzte Eingabe, sondern auf die vom 21. Februar. Die Vermutung der Arbeiter ob einer Verschlechterung war tatsächlich von der Deputation beschlossen.

Als Löhne wurden bisher gezahlt:

Ungelernte Arbeiter	3,90 Mk. pro Tag
Nach 2 Jahren (ausgebildet)	4,40 " " "

Nach der neuen Verordnung sollten die Löhne ab 1. Oktober betragen:

Ungelernte Arbeiter	Pro Tag 3,80 Mk.	Nach 2 Jahren	Pro Tag 4,20 Mk.
Nach 1 Jahr (ausgebildet)	4,00 " " "	" " " " "	4,40 " " "
" " " " "	3,90 " " "	" " " " "	4,60 " " "

Vergleicht man nun diese neuen Löhne gegen die jetzt bestehenden, so findet man im Anfangslohn sowie bei den Steigerungen bedeutende Verschlechterungen. Daß dies die Erbitterung noch mehr steigerte, ist leicht verständlich. Die Verhandlung wurde nun beauftragt, die weiteren Schritte in die Hand zu nehmen. In Unterredungen mit Vertretern der Deputation sowie dem Betriebsleiter stellte sich heraus, daß die letzten Anträge vom 21. August noch nicht im Besitz der Deputation seien und diese somit auch keine Stellung dazu habe nehmen können. Tatsache war denn auch, daß der Vorsitzende des Arbeiterausschusses die Anträge der Arbeiter einfach ignoriert hatte. Die Streckenarbeiter sagten sich aber, daß dieser Schlenker endlich beseitigt werden müsse und verlangten deshalb spätestens bis zum 5. September Antwort. Am 4. September teilte die Deputation dann mit, die neuen Lohnsätze auf die Forderung vom 21. August am 6. September bekanntzugeben.

In einer am 6. September stattgefundenen Versammlung nahmen dann die Arbeiter den Bericht entgegen. Die Neuregulierung der Löhne gestaltet sich jetzt folgendermaßen:

Ungelernte Arbeiter:

Anfangslohn	Tagelohn 4,10 Mk.	Nach 2 Jahren (ausgeb.)	Tagelohn 4,40 Mk.
Nach einem Jahr (ausgebildet)	4,20 " " "	" " " " "	4,60 " " "
" " " " "	4,20 " " "	" " " " "	4,80 " " "

Hilfsweihensteller und Hilfskloppler:

Anfangslohn	Tagelohn 4,20 Mk.	Nach 4 Jahren	Tagelohn 4,50 Mk.
Nach 2 Jahren	4,30 " " "	" " " " "	4,70 " " "

Buger und Hilfsheizer:

Anfangslohn	Tagelohn 4,30 Mk.	Nach 4 Jahren	Tagelohn 4,70 Mk.
Nach 2 Jahren	4,60 " " "	" " " " "	4,90 " " "

Wagennotierer und Wagenreiniger:

Anfangslohn	Pro Tag 4,10 Mk.	Nach 2 Jahren	Pro Tag 4,40 Mk.
Nach 1 Jahr	4,20 " " "	" " " " "	4,60 " " "

Gelernte Arbeiter (Zimmerer, Schmiede, Schlosser):

Anfangslohn	Pro Stunde 54 Pf.	Nach 4 Jahren	Pro Stunde 58 Pf.
Nach 2 Jahren	56 " " "	" " " " "	60 " " "

Steinseher:

Anfangslohn	Pro Stunde 49 Pf.	Nach 4 Jahren	Pro Stunde 53 Pf.
Nach 2 Jahren	51 " " "	" " " " "	55 " " "

Telegraphenmechaniker:

Anfangslohn	Pro Stunde 51 Pf.	Ueberstunden	53 Pf.
Nach 2 Jahren	53 " " "	Nachstunden (nach 9 Uhr)	60 " " "
" " " " "	55 " " "	Sonntagsstunden	56 " " "
" " " " "	57 " " "		

Diese neuen Lohnsätze treten am 12. September 1912 in Kraft. Wie die einzelnen Arbeiter in die Dienstaltersstufen einrücken, wird noch bekanntgegeben.

Also das war das Resultat, was die energische Bewegung gebracht hatte. Wir können befriedigt herabbliden auf das, was hier errungen wurde. Ist auch die Forderung im ganzen nicht erreicht worden, so haben wir doch alle Ursache, den Kopf hochzuhalten. Statt Lohnreduzierung kam Verbesserung der Löhne. Gerade dieser Kontrast gibt dem Ertrungen den Wert und zeigt uns, daß da, wo die Arbeiter als geschlossene Masse zusammenstehen, nichts unerreichtbar ist.

So haben auch unsere Kollegen, die Streckenarbeiter, in der kurzen Zeit, wo sie dem Verband der Staatsarbeiter angeschlossen sind, gelernt zu kämpfen für Verbesserungen und gegen Verschlechterungen. Aber auch die bremischen Deputationen werden immer mehr zu der Erkenntnis kommen müssen, daß die städtischen Arbeiter geschlossen eine kraft- und machtvolle Organisation bilden, die gewillt sind, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Darum, bremische Staatsarbeiter, seid auf dem Plan, holt den letzten Indifferenten in die Organisation, dann wird die Zeit nicht mehr fernliegen, wo der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Interessenvertreter der Arbeiter bei den bremischen Behörden anerkannt wird. Fr. O.

Straßburger und Mülhauer Berufsfeuerwehr.

In gut besuchten Korporalchaftsversammlungen haben die hiesigen Berufsfeuerwehrlente zu der Eingabe des Hauptvorstandes an den Bundesrat Stellung genommen. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Wöhlle, nahm an der ersten Besprechung ebenfalls teil. Im allgemeinen waren die Kollegen mit den drei Hauptpunkten der Eingabe: generelle Einführung der 24stündigen Dienstzeit mit darauffolgender 24stündiger Ruhezeit, ferner 1/2tägige Verrechnung der Dienstzeit bei der Versicherung in den Ruhestand, sowie die Forderung von Zuschüssen von den Feuerversicherungsgesellschaften für die Stadtkasse, einverstanden. Verbittet bemängelt wurde, daß nach der Eingabe in den ersten 24 Stunden Freizeit eine 4- stündige Beschäftigung zugelassen werden soll. Da die Direktionen im allgemeinen dazu neigen, die Berufsfeuerwehrlente an den dienstfreien Tagen mit angeblich dringenden Arbeiten zu beschäftigen, obwohl diese Arbeiten sehr oft einen Aufschub wohl erleiden könnten, so sollte in der Eingabe auch jeder Anhaltspunkt vermieden sein, der eine solche Beschäftigung als berechtigt anerkennt. Ausgenommen sind natürlich größere Brandfälle, bei welchen jeder richtige Berufsfeuerwehrlente von selbst die Notwendigkeit seiner Anwesenheit anerkennt. Die Notwendigkeit der Dienstzeitverkürzung auf 24 Stunden ergibt sich daraus, daß die Leute bei 4stündigen Dienst durch die vielen Wachen, die unvollständige Ruhe und das unregelmäßige Essen so erschöpft sind, daß sie am dritten Tage, an welchem sie 24 Stunden frei haben, erst die Hälfte des Tages mindestens schlafen müssen, wenn sie sich nachmittags ihrer kurzen Freizeit erfreuen wollen. Wegen des Essentragens müssen die Leute in der Nähe des Depots wohnen, welchen Umstand die Hauseigentümer sehr gut für sich auszunutzen verstehen. Da durch die Wachen, den Posten- und Ordnungsdienst oder Feueralarm die Essenszeit sehr unregelmäßig ist, muß die Frau bereits ihre ganze Zeit dem Abwarten des Mannes widmen. Sie muß entweder das Essen früher oder später kochen, das Essen 2 Mal bringen und dazwischen entweder karnhalten oder frisch wärmen, so daß Zeit und Feuerung doppelt gebraucht wird und das Essen doch den Geschmack verliert. Sie ist also an jeder größeren Arbeit oder gar an einem Nebenverdienst bereits völlig gebündelt. Am Depot selbst müssen die Leute mit den Estrümpfen an den Füßen schlafen; da sie, wenn die Füße richtig trocken sind, nicht schnell

genug in die Stiefel kommen. Bei Feueralarm muß alles auf das Glockenzeichen aus dem Schlaf aufspringen und jeder seine besondere Funktion verrichten. Da diese Funktionen täglich wechseln, muß auch schon mit dem Aufspringen das gesamte Vermögen in Funktion treten. Blinder Alarm ist noch schlimmer, weil die aufgeschreckten Organe sich nicht ausarbeiten können, so daß Herz-Klopfen, Aufregung und Schlaflosigkeit eintreten. All dem kann durch den 24stündigen Dienstwechsel entgegengetreten oder doch der jetzige Zustand wesentlich verbessert werden; auch das Familienleben ist geordneter.

Bei der Pensionierung soll darauf hingewirkt werden, daß die Militärsjahre angerechnet werden. Dagegen ist die Anstrengung eines beamtenähnlichen Dienstverhältnisses durchaus zu unterlassen, da sich durch das aus einem solchen sich ergebende Disziplinarverhältnis Mißstände und Uebergriffe herausentwickeln, welche weder im Interesse der Stadtverwaltung noch der Mannschaften gelegen sind. Sind die Berufsfeuerwehrlaute nicht Beamte oder Bedienstete, sondern Arbeiter, so können sie ihre Interessen ganz bedeutend besser vertreten. Auch die Frage des Verhältnisses zwischen Oberfeuerwehmännern und Feuerwehrmännern wurde behandelt. Die Praxis hat ergeben, daß die Oberfeuerwehmänner so gut wie niemals Feuerwehrhoffizier werden können; ihre Laufbahn ist also so gut wie abgeschlossen. Daraus ergibt sich, daß Oberfeuerwehmänner und Mannschaften in der Organisation zusammengehören, daß sie gleiche Interessen haben, und gerade dem Umstand, daß beide Kategorien einträchtig zusammengearbeitet haben und als Mitglieder des Gemeindefeuerwehrgewerkschafts sich auch freier regeln konnten, ist es zuzuschreiben, daß hier die Verhältnisse der Berufsfeuerwehr sich wesentlich gebessert haben. Auch in jüngster Zeit wurden wieder einige bedeutende Verbesserungen erreicht. Vor zwei Jahren wurden monatlich 10 M. Feuerungszulage bewilligt. Jetzt wurde eine Lohnregelung dahingehend vorgenommen, daß das Höchstgehalt in 12 Jahren statt früher 16 Jahren erreicht wird, was eine Verbesserung von etwa 140 M. pro Jahr bedeutet. Die Beschäftigung an freien Tagen wurde einmütig abgelehnt und darauf auch von der Stadtverwaltung in anerkenntnisreicher Weise beseitigt. Dem Antrag des Arbeiterausschusses, einen Vertreter der Berufsfeuerwehr in den Ausschuss zu entsenden, wurde zwar vorläufig noch nicht entsprochen, dagegen bestimmt, daß drei Vertrauensmänner gewählt wurden, welche direkten Zutritt beim Bürgermeister bzw. dessen Stellvertreter haben. Das bedeutet eine wesentliche Verbesserung des Bescheiderechts. Angestrebt soll nun werden die Vereitigung des Vertretungsdienstes für Erkrankte und Verurlaubte, der bisher von dienstfreien Mannschaften gemacht werden muß. Da dieser Vertretungsdienst besonders bezahlt wird, kann die Vergütung auch besonderen Erzhämern zuteil werden, so daß die Mannschaften auch ihren freien Tag in jedem Fall haben. Bei Unfällen im Betrieb soll, wenn Spezialversorgung nötig ist, in keinem Fall ein Abzug gemacht, sondern der Lohn neben der Verpflegung vollständig ausbezahlt werden. Da die städtischen Arbeiter wöchentlich zwei Badekarten für die städtischen Badeanstalten unentgeltlich erhalten, soll dies auch für die Feuerwehr beantragt werden. Um diese Forderungen durchzusetzen, sollen auch die paar noch fernstehenden Kollegen, welche bisher als Kostgänger der Organisation betrachtet werden müssen, dem Verbande zugeführt werden.

In Mülhausen i. G. haben die bei uns organisierten Kollegen der Berufsfeuerwehr in letzter Zeit ebenfalls wesentliche Vorteile erreicht.

Erstens erhalten dieselben eine neue Dienstordnung, welche ausdrücklich anerkennt, daß die Berufsfeuerwehr der allgemeinen Arbeitsordnung untersteht. Das bedeutet wesentliche Vorteile in Bezug auf Differenz zwischen Krankengeld und Lohn, Urlaub, kleine Verläumnisse, Bescheiderecht, Ruhe-lohn und vor allem das Koalitionsrecht.

Zweitens wird der Sonntag neben dem Wochenlohn bezahlt, was nicht mehr wie billig ist, aber bisher nicht gemacht wurde. Ab 1. Oktober kommen die Berufsfeuerwehrlaute von der Lohnklasse D in die Lohnklasse C, was eine weitere Verbesserung von 1,40 M. bedeutet. Die gesamte Verbesserung bedeutet sonach mindestens 6,70 M. pro Woche oder durchschnittlich 20 Proz. Die Kleiderfrage wurde ebenfalls geregelt, und zwar erhält jeder Mann 2 Paar Dammschuhe, 1 Paar 2 Tennerstiefel, 2 Paar Stiefel, 1 Helmschale und einen Brandanzug. Aus Aufsenahrung seines Lohnes jeder Mann sein Pferd. Zur Dienstzeit soll so viel wie möglich dabei geübt werden, daß 18 Stunden Dienst und 24 Stunden frei ist. Daß dies noch nicht durchgeführt ist, rücht hauptsächlich von dem Vorstand der Stadt Mülhausen her, welcher der Dienst- und Lohnverhältnisse der Berufsfeuerwehr mehr als fünf

rückständig werden ließ. Arbeit an freien Tagen wird mit 50 Pf. pro Stunde vergütet. Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt 25 M. monatlich.

Alles in allem hat sich also auch hier das Zusammenwirken der Kollegen in der Organisation sehr gut bewährt, sonst hätten dieselben nicht in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihrer Organisationszugehörigkeit diese Verbesserungen erreichen können. Mögen dies auch die noch Fernstehenden, die Chauffeure, Spritzenmeister usw., bedenken und sich anschließen. R. B.

Aus der Kassenverwaltung unseres Verbandes im Jahre 1910 und 1911.

I.
Wichtige Vorgänge auf allen Gebieten in Zahlen zusammenzustellen, sie mit Erläuterungen zu versehen und sie so den Lesern vor Augen zu führen, gewinnt erfreulicherweise immer mehr Beachtung. In allen Gewerkschaftskreisen hat sich diese Erkenntnis Bahn gebrochen. Wenn auch die Statistik mehr eine Methode der Massenbeobachtung ist, darf trotzdem nicht verkannt werden, daß sie, auf bestimmte kleinere Gruppierungen angewandt, außerordentlich wertvoll ist. Zeigt sie uns z. B. beim Vergleich der Steigerung der Lebensmittel zu der Steigerung der Arbeitslöhne, wo und wann der Hebel anzusetzen ist. Auf die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter angewandt, gibt sie uns ein Bild von deren Mitgliederzunahme, Beiträgen und Leistungen.

Im Nachfolgenden wollen wir nun eine Gegenüberstellung des Mitgliederbestandes sowie der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1910 gegenüber 1911 bringen. Diese beziehen sich auf bestimmte Bezirke unseres Verbandes, bei uns "Gau" genannt. Infolge der geänderten Zusammenstellung der Filialabrechnungen, welche seit 1910 nach Gauen geordnet sind, ist uns hierzu eine bessere Handhabe geboten. Beginnen wir mit dem

Mitgliederstand am Schluß des Jahres 1910 gegenüber 1911.

No. Nr.	Gau	Zahl der Mitglieder			Zahl der Filialen		
		1910	1911	+ mehr - weniger	1910	1911	+ mehr - weniger
1	Augsburg	421	568	+ 177	8	10	+ 2
2	Berlin	7 465	9 214	+ 1 749	1	1	—
3	Brandenbg.-Pommern	602	984	+ 382	10	13	+ 3
4	Bremen	1 835	2 351	+ 516	5	5	—
5	Breslau	586	792	+ 206	1	1	—
6	Edin*)	974	882	- 92	2	2	—
7	Füsseldorf	882	2 352	+ 1 470	10	12	—
8	Dresden	1 785	2 572	+ 787	9	14	+ 5
9	Frankfurt a. M.	2 376	2 959	+ 583	11	13	+ 2
10	Hamburg	5 464	6 344	+ 880	1	1	—
11	Hannover	767	1 017	+ 250	6	8	+ 2
12	Königsberg i. Pr.	561	693	+ 132	5	5	—
13	Leipzig	2 415	2 577	+ 162	14	16	+ 2
14	Lübeck	809	1 051	+ 242	4	4	—
15	Magdeburg	818	958	+ 140	15	16	+ 1
16	Mannheim	2 112	2 544	+ 432	13	15	+ 2
17	München	3 398	3 652	+ 254	15	14	- 1
18	Nürnberg	1 978	2 140	+ 162	12	12	—
19	Strahburg i. Elz.	1 253	1 601	+ 348	9	10	+ 1
20	Stuttgart	2 522	2 728	+ 206	19	18	- 1
21	Einzelmitglieder	268	254	- 14	—	—	—
Summa		39 262	47 376	+ 8 114	170	188	+ 18

*) Der Gau Edin wurde 1911 mit dem Gau Düsseldorf verschmolzen.

Diese Tabelle zeigt uns, daß die Mitgliederzahl ständig im Wachsen begriffen ist. Den größten Zuwachs stellt der Gau Berlin. Dem folgt Hamburg, an dritter Stelle steht Dresden. Hier ist aber zu berücksichtigen, daß der Gau Dresden durch die im Jahre 1911 erfolgte Angliederung der Filiale Chemnitz mit 388 Mitgliedern, die bis dahin dem Gau Leipzig angehörte, einen solchen Mitgliederzuwachs aufweisen kann. Die geringste Zunahme haben die Gauen Königsberg, Magdeburg, Nürnberg und Augsburg.

Während die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1910 39 262 betrug, stieg sie im Jahre 1911 auf 47 376. Den höchsten Zuwachs hat Groß-Berlin mit 9 214 Mitgliedern. Die niedrigste Zahl stellt der Gau Augsburg mit 593 Mitgliedern. Überall Aufwärtsbewegung! Die Zahl der Einzelmitglieder hat sich um 14 verringert, was auf die Gründung neuer Filialen zurückzuführen ist. Da sich die Filialen um 18 vermehren, nur hierdurch ein Anstieg der Einzelmitglieder-Gesamtheit geboten, sich einer der neu gegründeten Filialen anzuschließen.

Wir lassen nun eine tabellarische Uebersicht der Einnahmen folgen:

(Einnahmen der Gauen im Jahre 1910 gegenüber 1911.

Table with columns: Gau, Eintrittsgelder (1910, 1911, mehr/men), Beiträge der Beiräte inf. (1910, 1911, mehr/men). Rows include Augsburg, Berlin, Brandenburg-Pomm., Bremen, Breslau, Chemnitz, Düsseldorf, Dresden, Frankfurt a. M., Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Rammstein, Rostock, Stuttgart, Tübingen, Ulm, and Gesamtmitglieder.

*) Der Gau Köln wurde 1911 an Gau Düsseldorf angeheftet.

Aus obiger Tabelle ersehen wir, daß die erhöhte Steigerung der Mitgliederzahl auch eine Steigerung der Eintrittsgebühren mit sich bringt. Insgesamt brachte uns das Jahr 1911 gegenüber 1910 an Eintrittsgeldern eine Mehreinnahme von 1057,25 M. ...

Bezüglich der Mitgliederbeiträge kann ein zusammenfassendes Zahlenbild gegeben werden. Ueberall eine Steigerung dieser Einnahmen. Die Gesamt Mehreinnahme im Jahre 1911 gegen 1910 beträgt 182.470,40 M. ...

Die Teuerung und die Arbeiter nach den Berichten der Fabrikinspektoren.

„Ach schaffe, was Ihr wollt, und schaffe mehr!“ Diese Worte des Wephistopheles an den Kaiser, der Geld geschafft haben wollte, ...

finden, daß sie von der schönsten Durchschnittsrechnung selber selbst noch keine Suppe auf den Tisch und keinen Pfennig in die Tasche bekommen. Wenn das Vermögen der — Reichen in Deutschland so ungeheuer gestiegen und wenn dabei die Masse des Volkes arm geblieben ist, dann ist eben die Ausbeutung des Volkes durch Grund-, Industrie- und Handelskapital gestiegen! ...

Jetzt, wo überall im Lande Not und Elend noch weiter steigen und das Volk dringend Abhilfe der Nahrungsnot forderet, ist es angebracht, zuzusehen, was die Fabrikinspektoren über Teuerung und Lohnsteigerung zu sagen haben. ...

Aus Gumbinnen und Allenstein wird berichtet, daß die Löhne teils durch freiwillige Zulagen, teils infolge Streiks, vielfach „geringe Aufbesserungen“ erfahren haben. ...

weite Kreise litten vielmehr, zumal infolge der durch die ungewöhnliche Trockenheit des Sommers geschädigten Ernte, beträchtlich unter den verteuerten Preisen für manche Lebensmittel". Im Bezirk Merseburg wurden auch Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung durchgeführt. „Einen empfindlichen Lohnausfall erlitten die Arbeiter der Zuderfabriken, deren Kampagne infolge der außerordentlich schlechten Nibbenernte nur etwa vier Wochen gedauert hat.“ In den Schuhfabriken wurde die Arbeitszeit durchschnittlich um ein Fünftel verkürzt. Zum Trost wohl wird aus dem Bezirk Lüneburg erwähnt, daß die schlechte Lage der Gemüsekonserven-, Zuder- und Kartoffelstärkefabriken „nur fremde Arbeiter aus anderen Landesteilen“ durch Minderverdienst geschädigt habe. Im Bezirk Minden blieb die Lohnhöhe im allgemeinen unverändert, „die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung wurde durch die infolge der anhaltenden Dürre noch gestiegenen Lebensmittelpreise beeinträchtigt. Auch im Düsseldorfener Bezirk hat sich die Lohnhöhe „im großen und ganzen“ gegen das Vorjahr „nicht wesentlich geändert“.

Aus dem Bezirk Potsdam wird gemeldet, daß die Lebensverhältnisse der Arbeiter durch die Verteuerung fast aller Nahrungsmittel und Verbrauchsgegenstände ungünstig beeinflusst wurde. „Im allgemeinen sind die Löhne etwas gestiegen, wenn auch nicht in dem Maße, daß dadurch die Verteuerung der Lebensmittel voll ausgeglichen wäre“. In den Bezirken Osnabrück und Aurich steht „den Lohnverbesserungen eine empfindlich wirkende Verteuerung nahezu aller Lebensmittel gegenüber, so daß von einer Steigerung der Lebenshaltung des Arbeiters nicht gesprochen werden kann“. Nach dem Bericht aus Münster war die Lage der meisten Arbeiter „unbefriedigend wegen der eingetretenen Verteuerung der Lebensmittel, und weil infolge schleppenden Geschäftsganges oder des Arbeitens mit nur geringem Nutzen während des größeren Teiles des Jahres Lohnaufbesserungen von den Fabriken nicht gewährt werden konnte“. Auch im Bezirk Wiesbaden hat sich „die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung infolge der Steigerung der Preise für Lebensmittel ungünstiger gestaltet“. Die Löhne haben mit dieser Preissteigerung „nur teilweise Schritt gehalten“. Von etlicher Hoffnung schwanger wird aus Coblenz erwähnt, daß die „Neigung zum Steigen“, die die Arbeitslöhne zeigten, „bei der allgemein verteuerten Lebenshaltung und der fortschreitenden Velebung der Industrie eine Lohnerrhöhung „zur Folge haben dürfte“. Im Aachener Bezirk war die Geschäftslage in der Industrie „im allgemeinen günstig“, ungünstig auf die Lage der Arbeiterschaft wirkten aber wieder die hohen, noch weiter gesteigerten Preise für Lebensmittel.

Im Bezirk Danzig stiegen „trotz der günstigen Ernte in Westpreußen“ die meisten Lebensmittel „nicht unerheblich“ (also erheblich Red.) im Preise. Eine „Teuerung aller Lebensmittel“ wird aus Liegnitz berichtet, aus Magdeburg von einer „Teuerung“, ebenso aus Merseburg, Schleswig usw. Aus Schleswig wird erwähnt: „In recht origineller Weise ist eine große Lederfabrik verfahren. Sie hat 10 Lachsen angelauft, die auf den zur Fabrik gehörenden Weisen gemästet und sodann durch Arbeiter des Betriebes ausgeschlachtet wurden.“ Hannover, Cassel, immer das gleiche Lied: Teuerung, Seefische und was sonst.

Die Anpreisung der Fische als Ersatz für Fleisch wird von den Arbeitern nicht überall kritiklos aufgenommen. Aus Berlin wird erwähnt, daß die „ablehnende Haltung“ der Arbeiter „auf die falschen Vorstellungen vom Nährwert des Fischfleisches und auf die mangelnde Erfahrung der Arbeiterfrauen in seiner schmackhaften Zubereitung“ zurückzuführen sei. Rehnliche Gründe werden aus Breslau für die „meist schlaggeschlagenen“ Versuche, die Arbeiterbevölkerung dauernd für die Fischmahlzeit zu gewinnen, angeführt. Ein anderer Grund wird aus den Bezirken Osnabrück und Aurich angeführt, wo mehrere Betriebsleiter „den Bezug von Fischen wegen zu geringer Nachfrage wieder einstellen“ mußten. „Ein Grund hierfür“, heißt es, „wird neben der weniger anhaltenden Sättigung darin zu finden sein, daß die Fischmahlzeit in der Mittagsstunde eine verhältnismäßig lange Zeit beansprucht, und der Arbeiter nicht so schnell, wie er es gewohnt ist, mit dem Essen fertig wird.“ Und auf den Pfiff der Dampfheise muß der Proletar ja wieder seine Glieder gleich Automaten in die Maschinen spannen. Geht also nicht nur Fische, geht zumindest auch Beil!

Inzwischen hat sich die Lage für die Arbeiter nicht verbessert. Die Grenzen sollen — nach dem Willen der herrschenden Sippen — nicht geöffnet werden. Ringe und Kartelle suchen die Preise der Waren noch immer höher zu schrauben. In einer Zeit großartig gesteigerter Arbeitsleistung kann die Arbeiterfamilie nicht den Hunger verjagen. Und wenn das Volk klagt, weist man — wie zum Pohn — darauf hin, wie ungeheuer, eben durch die fortgeschrittene Arbeitstechnik, das Vermögen der Reichen gestiegen ist!

Wie lange soll dies tolle frevelhafte Spiel noch andauern?

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat unterm 5. September folgende Eingabe an den Reichstanzler gerichtet: „Die unterzeichneten Reichstagsabgeordneten verfehlen nicht, Eure Excellenz zu erlauben, daß unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um die herrschende Teuerung zu mildern. Der Notstand hat — das wird allgemein anerkannt — einen Grad erreicht, wie nie zuvor. In den Kreisen der Arbeiter und des Mittelstandes ist tief in die Reihen der Beamten herrscht eine Erregung, eine Erbitterung an der die geschwebenden Faktoren nicht achlos vorübergehen können. Da die exorbitante Teuerung seit einer Reihe von Jahren nicht nur immer mehr verbreitet, sondern sich auch verschärft, so kann man von ihr jetzt nicht mehr als von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen. Immer dringender wird deshalb die Forderung nach Veseitigung der geschlichen Bestimmungen, unter deren Wirkung die weitesten Schichten des Volks leiden und an ihrer Gesundheit geschädigt werden. — Zu diesem Zweck erscheint erforderlich die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Vieh und Fleisch, die Ceisnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufsichtserhaltung unerlässlicher Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen, die Aufhebung der Futtermittelzölle, die Veseitigung der Einfuhrzölle, und vor allem die sofortige Ceisnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, da dadurch am wirksamsten in kürzester Frist eine Milderung der Not erreicht werden kann. Zur Herbeiführung der gebotenen geschlichen Maßnahmen erlauben wir Ew. Excellenz die schuldigste Einberufung des Reichstages zu veranlassen.“ — Wie lange wird man da oben noch schwerhörig bleiben?

Volkswirtschaftliches.

Die Folgen der Lebensmittelzölle und Einfuhrzölle. Daß die fortgeschicte Teuerung nur auf der deutlichen Zollpolitik und ihrem Einfuhrzölleinstem beruht, haben wir wiederholt nachgewiesen. Nach dem letzten erschienenen „Statistischen Jahrbuch“ des Deutschen Reiches für 1911 wurden ausgeführt:

Warengattung	Toppel gemener im Jahre 1911	Wert in Mark im Jahre 1911	Warengattung	Toppel gemener im Jahre 1911	Wert in Mark im Jahre 1911
Roggen . . .	7 685 270	109 561 000	Milch, frisch	86 700	1 434 000
Weizen . . .	3 099 690	55 340 000	Butter, frisch	2 520	698 000
Hafer . . .	2 062 710	43 030 000	Käse, frisch	9 890	1 039 000
Weizenmehl	1 618 280	37 017 000	Fleisch, frisch	15 840	3 556 000
Roggenmehl	1 457 140	23 228 000	Vieh (dar. 1914 Schweine) St.	50 198	5 648 000
Kartoffeln . .	2 003 580	19 061 000	Geflügel	485 190	10 322 000
Mele . . .	164 220	1 648 000	Saferstoden	810 000	8 100 000
Futtergerste .	18 540	810 000	Graupen	317 540	5 029 000
Weisabfälle .	86 220	810 000	Hülsenfrüchte (trodene)	137 770	5 891 000
Getreide . . .	805 590	5 350 000			

Für rund 300 Millionen Mark der wichtigsten Nahrungsmittel sind im Jahre 1911 nach dem Auslande gegangen. Darunter Weizen, Roggen, Hafer, Roggen- und Weizenmehl nur deswegen in solchen Mengen, weil durch die Einfuhrzölle dazu angereizt wird. Auch Futtermittel gehen in großen Mengen nach dem Auslande. Dabei ist zu beachten, daß sie aber nur gegen 3% zu uns hereinkommen. Und diese immerhin noch große Ausfuhr von Fleisch, im besonderen von Schweinefleisch, trotz der Not im Inlande! Im Jahre 1911 sind die über unsere Grenze eingeführten und zollpflichtigen Nahrungs- und Genussmittel nämlich mit insgesamt 562 539 000 Mark verzollt worden, das ist also 2% Proz ihres Wertes! Wir stellen in nachfolgendem die wichtigsten Nahrungsmittel und ihre Zollträge, die bei ihrer Einfuhr erzielt wurden, für die Jahre 1907 bis 1911 nebeneinander. Für

1911 teilen wir noch die Prozentziffer der Belastung des Wertes der eingeführten Produkte durch den Zoll mit:

	Zollertrag in Millionen Mark bei der Einfuhr von					Der Zoll betrug Proz. des Wertes 1911
	1907	1908	1909	1910	1911	
Getreide	257,9	205,4	244,5	242,1	282,7	25
Kaffee, roh	57,4	76,7	83,4	100,7	109,1	44
Tabakblätter	54,5	63,8	75,0	90,1	103,3	89
Wolle	22,8	24,5	22,5	29,6	29,4	45
Obstfrüchte	11,3	10,8	11,4	11,7	12,5	17
Tabakerzeugnisse	8,2	8,9	10,1	10,2	12,3	93
Samen	13,8	13,6	12,0	8,1	12,2	11
Butter u. Margarine	7,9	6,9	6,9	8,4	11,2	9
Wasa, roh	6,9	6,7	8,0	8,6	10,0	18
Reis	6,2	6,4	6,5	7,0	7,1	20
Wander- und Schafe	7,3	7,9	7,4	8,1	7,1	12
Fleisch u. Fleischgebr.	5,3	4,6	6,7	5,7	6,1	24
Obstfrüchte	3,2	3,0	3,9	3,9	5,4	8
Wolle	5,1	6,2	6,4	6,3	6,3	17
Gewürze	4,9	5,6	5,0	4,1	4,4	81
Wasser	3,6	3,4	3,4	3,8	4,0	2
Teer	0,9	0,9	1,7	2,9	3,7	50
Wermut	3,8	3,6	3,7	3,8	3,5	9
Wasser	3,3	3,8	3,5	3,3	3,1	6
Tabakerzeugnisse	2,2	2,2	1,9	1,8	1,7	84
Wasa, Zuckersolade	1,4	1,3	1,5	1,6	1,7	21
Zuckerrüben	1,1	1,4	1,8	1,5	1,6	11
Nahrungsmittel u. Genussmittel überh.	483,2	482,1	493,8	498,0	562,5	20

Die bei uns eingeführten Nahrungs- und Genussmittel waren also mit 20 Proz. ihres Wertes belastet! Ein Fünftel ihres Wertes fließt in die Reichskasse! Um so viel verteuert sich natürlich mindestens das Produkt. Es kommt aber noch hinzu, daß die Zollbehörden, die besonders vorgeschriebenen Quarantäne-Belege und Verladebedingungen ebenfalls verteuern wirken. Das wenige Fleisch, was zu uns durch die Grenzpost herein gelassen wird, muß mit 11, 12, ja 24 Proz. seines Wertes „büßen“. Beim Getreide ist es durch die Einfuhrzölle dahin gekommen, daß dem Volke zwar eine Riesenlast aufgebürdet ist — der Preis verteuert sich ja allein durch den Zoll um 25 Proz.! — die Zollentnahmen aber zu einem erheblichen Teile in die Taschen der Exportierer fließen. Am unangenehmsten ist die Zollbelastung bei dem Tabak und den Tabakerzeugnissen sie beträgt 89 und 93 Proz. des Wertes! Es ist höchste Zeit, daß mit dieser Politik gebrochen wird!

• Aus den Stadtparlamenten •

Stellungnahme städtischer Körperschaften zur Teuerung.

Münster. Der Stadtmagistrat beschloß auf sozialdemokratischen Antrag die sofortige Einberufung der Lebensmittelversorgungskommission; die Kommission soll unverzüglich Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung machen und die Vorschläge den nächsten Kollegien unterbreiten. Zur Verhinderung des Marktes mit Schweinen beabsichtigt der Magistrat die Schweinezucht auf hiesigen Grundstücken in die Wege zu leiten. Nach dem Willen von Hrn. Meunier sollen diese Schweine unter Ausschaltung des Zwischenhandels jüdischerseits geschlachtet und das Fleisch zu billigen Preisen an die Konsumenten abgegeben werden.

Fraunshweig. Der Magistrat richtete an das herzogliche Staatsministerium das Ersuchen, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um der herrschenden Not und Teuerung abzuhelfen. Ferner nahmen die Stadtverordneten einen Antrag an, der den Magistrat ersucht, Mittel und Wege ausfindig zu machen, daß auch seitens der Stadt der Teuerung gesteuert werde.

Breslau. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in letzter Sitzung einem sozialdemokratischen Antrage zu, von der Regierung die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch zu verlangen und eine Kommission für städtische Maßnahmen gegen die Teuerung einzusetzen.

Görlitz. Die Stadtverordneten nahmen einstimmig einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion an, der folgendes Wortlaut hat: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, mit größter Eile eine Kommission an den Landtag zu entsenden, die die städtische Versorgung mit dem Vieh herab zu setzen, ohne Verzug die jetzigen Maßregeln zu erörtern und Vorarbeiten zu treffen, die erforderlich sind, um die Versorgung von Vieh, Fleisch und Futtermitteln wirksam zu steuern, alle nicht unbedingt gegen Verhinderung mit den Erzeugnissen der Einfuhr aufzuheben und die Einfuhr von Gefrierfleisch in großen Mengen zu fördern; 2. sich

an etwaigen Kollektivschritten kommunaler Körperschaften zu beteiligen, die auf dasselbe Ziel gerichtet sind; 3. der Stadtverordnetenversammlung möglichst schon zur nächsten Sitzung eine Vorlage für die Beschaffung von inländischem und ausländischem Fleisch durch die Stadt zugehen zu lassen.

Hannau a. M. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten den Magistrat aufzufordern, an die Reichsregierung sowie den Reichstag eine Eingabe zu richten, in welcher verlangt wird: Herabsetzung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel (die Sozialdemokraten hatten Aufhebung der Zölle beantragt), Öffnung der Grenzen für Einfuhr von Schlachtvieh (unter Verhinderung wirklich unerlässlicher Schutzbestimmungen gegen Seuchenverschleppung), Beilegung der Einfuhrzölle und alsbaldige Einberufung des Reichstags, um die obigen Maßnahmen sofort durchzuführen. Ferner wurde der Magistrat beauftragt, mit anderen Gemeinden Maßnahmen zu erwägen, welche geeignet sind, der Fleischteuerung entgegenzuwirken.

Rassel. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung von jedem Beschlusse Kenntnis gegeben: 1. Zur Aufhebung der Fleischsteuerung alsbald eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstag zu richten, in der die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh, frischem Fleisch und sonstigen Lebensmitteln unter den veterinärpolizeilich erforderlichen Vorichtsmaßregeln verlangt wird; 2. sich dem Antrage der Stadt Magdeburg anzuschließen, dahingehend, den in Tüßelhof zusammentretenden Städtetag um ein energisches Eintreten für die Öffnung der Grenzen Bundesrat und Reichstag zu ersuchen; 3. eine gemischte Kommission von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern zur Prüfung der Frage einzusetzen, in welcher Weise durch örtliche Maßnahmen der Fleischteuerung etwa entgegenzuwirken werden kann.

Miel. In der Stadtverordnetenversammlung vom 4. September erklärte Bürgermeister Lindemann, daß sich der Magistrat mit der Teuerungssrage beschäftigt habe. Dieser erkenne die Notlage an, wolle jedoch erst abwarten, welche Stellung der preussische Städtetag einnehme. Wenn ein Antrag des Städtetages an den Bundesrat, die Grenzen für die Einfuhr von Vieh zu öffnen, keinen Erfolg habe, werde der Magistrat die Frage prüfen, ob durch städtische Maßnahmen dauernd die Not gelindert werden könne. Die sozialdemokratischen Vertreter verlangten, daß die Kommission vom vorigen Jahre wieder sofort in Funktion trete und den Kollegen Maßnahmen gegen die Teuerung vorschläge. Für Kiel, das eine geeignete Seequarantäneanstalt für die Einfuhr dänischen Viehes habe, müsse die kommunale Fleischversorgung leichter sein als anderswo. Der Magistrat erklärte, diese Anregungen zur Kenntnis zu nehmen und über seine Stellungnahme den Kollegen später Bericht zu erstatten.

Königsbühlte L.-S. Der Magistrat hat beschlossen, einen Weg zu suchen, auf dem der Bevölkerung billigeres Fleisch vermittelt werden kann. Er bewilligte 500 Mk. zur Einfuhr von geschlachtetem Rindvieh aus dem Auslande. Und zwar will der Magistrat einen oder mehrere Schlächter in Königsbühlte veranlassen, einen Wagon Rindfleisch aus Argentinien (Gefrierfleisch) oder aus Dänemark zu beziehen. Die 500 Mk. sollen einen Garantiefonds der Stadt den Schlächtern gegenüber darstellen.

Krefeld. Auf Einladung des Oberbürgermeisters hat die im vorigen Jahr eingesetzte Teuerungskommission beschlossen, nach dem Vorbilde Wiesbadens eine Beständige mit der Regierung herbeizuführen, nach welcher die Fleischpreise durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden sollen. Zweitens soll nach warmer Zustimmung der Verkauf von Seefischen seitens der Stadt wieder aufgenommen werden.

Leipzig. In der Stadtverordnetenversammlung vom 4. September wurde von der sozialdemokratischen Fraktion die herrschende Teuerung zur Sprache gebracht und beantragt, einen gemischten Ausschuss einzusetzen, um Maßregeln zu sofortiger Abhilfe zu beraten. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Rat fortbauend „Ermäßigungen“ anstellt, aber noch zu keinem Abschluß gekommen sei. Der Rat werde sich an die Regierung wenden, um die Wünsche des deutschen Städtetages zu unterstützen. Die Bedner aus dem bürgerlichen Lager erkannten den Notstand ebenfalls an. Schließlich wurde die Einsetzung des gemischten Ausschusses mit erheblicher Mehrheit beschlossen.

Mainz. Eine Deputation der Stadtverordnetenversammlung beschloß am 5. September einstimmig, der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, nicht nur an die bessische Regierung, sondern auch direkt an den Bundesrat das Ersuchen zu richten, um wenigstens zeitweise Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh und Milderung der Bestimmungen, die der Einfuhr von frischem, zubereitetem und getrocknetem Fleisch entgegenstehen. — Eine Anregung des Stadtv. Adlung, die Schlachtbockgebühren zeitweise aufzuheben oder zu ermäßigen, wurde abgelehnt. In Verbindung mit der Regierung soll neben den ermittelten Preisen für Lebend- und Schlachtvieh auch eine Festsetzung des Verkaufspreises erfolgen. Ferner wurde der Bürgermeister ermächtigt, Ermittlungen über die Frage anzustellen, ob und wie es sich ermöglichen ließ, in Zukunft viel-

leicht auf genossenschaftlichem Wege, eine rationelle Beschaffung von Schweinen in die Wege zu leiten. Ueber einen zweckmäßigen Bezug von billigen Zerkleinerern will der Bürgermeister der Stadtverordnetenversammlung Vorschläge unterbreiten.

Weinigen. Der Gemeinderat beschloß, das Ministerium um Maßnahmen gegen die Fäulnis zu ersuchen und, falls dort nichts Geschehen sollte, die Einfuhr von fremdem Fleisch zu bewerkstelligen.

Rosen. Die Stadtverordneten stimmten einer Vorlage des Magistrats zu, wonach zwecks Verringerung der Fleischsteuerung unverzüglich Petitionen an den Reichskanzler und an den preussischen Landwirtschaftsminister gerichtet werden, in denen die Eröffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schweinen, Rindern und Schafen aus Oesterreich-Ungarn sowie von frischem Rind- und Hammelfleisch aus Rußland verlangt wird.

Offenbach a. M. Die Stadtverordnetenversammlung vom 6. September nahm einstimmig einen Antrag an, der den Oberbürgermeister ersucht, bei der heftigen Regierung Suspension der Futtermittel-, Fleisch- und Viehzölle, Einführung von Vieh und frischem Fleisch und Milderung der veterinären Vorschriften bei der Fleischzufuhr zu beantragen. Weiter wurde der Verwaltungsausschuß beauftragt, mit der Verwaltung geeignete kommunale Maßnahmen zu beraten. Gedacht wird hierbei an Bildung einer Viehkaufgenossenschaft, an Gründung einer städtischen Schweinezüchterei und eventuell an ein Abkommen mit den Metzgern, um dadurch zu billigeren Preisen zu kommen.

Wasserbauarbeiter

Staudach. In der gut besuchten Versammlung der Wasserbauarbeiter vom 1. September behandelte Kollege Weißhagen das Thema: „Die Entwicklung der freien Gewerkschaften im Jahre 1911 und unser Verbandsprogramm“. Im Anschluß hieran wurden die Verhältnisse der einzelnen Arbeitsstellen besprochen, wobei man wieder Klagen der verschiedensten Art vorbrachte. Besonders sind es die Entfernungszulagen, welche immer wieder Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorrufen. Die Klagen darüber werden auch nicht verstummen, solange die Handhabung der einschlägigen Bestimmungen lediglich der Willkür der verschiedenen Vorstände ausgeliefert ist. Eine Besserung kann nur in der Vereinfachung der Bestimmungen liegen, welche der einzelne Arbeiter von seinem Wohnort zur Arbeitsstelle zurücklegen muß und nicht in der Schaffung gewisser Zonen, Anstoppunkte oder den verschiedenen Profilen, wobei Arbeiter, die nicht gerade das Glück haben, in diesem Ring zu wohnen, oftmals aber sogar noch weiter laufen müssen, nichts kriegen. Dies haben uns Fälle in Bad Mülling, Gemund usw. bestätigt. Auch ist ein weiterer Uebelstand, daß man den ledigen Arbeitern, wie gegenwärtig in Osterbuchberg, keine Entfernungszulage zahlen will, diese sollen wahrscheinlich ständig der Arbeit nachgehen, ein Verlangen, welches als unünftig bezeichnet werden müßte. Dann ist zu bemerken, daß man den Arbeitern die im April d. J. durch unsere Organisation erworbene kleine Lohnvorrückung von täglich 10 Pf. von der Entfernungszulage wieder in Abzug bringt, so daß den Arbeitern die Lohnaufbesserung dadurch wieder genommen wurde. Diese wenigen Beispiele zeigen die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes der Bestimmungen über die Entfernungszulagen, weshalb diese Punkt auch angebracht erscheint und Abhilfe unbedingt nötig ist. Auch hat es seine liebe Not mit den Unterhandsräumen. Die Unterhandsräume der Partien Weisacher und Sedlmeyer können die Arbeiter nicht alle aufnehmen, weil in denselben Zement und Werkzeugen arbeitsfähig liegt. Auch ist von Verbandsstellen mit den nötigen Mitteln zur ersten Hilfeleistung nichts zu finden. Sogar das Holz zum Einbeizen müssen sich die Arbeiter mittags erst selbst zusammenholen. Nicht einwandfrei ist ferner die Behandlungsweise des Vorarbeiters Sedlmeyer. Einem Arbeiter darf dieser ein schweres Sandgitter zweimal auf den Rücken, weil der Arbeiter dasselbe nicht dem Willen des Vorgesetzten entsprechend transportierte. Weiter läßt er Arbeiter, welche am Montag infolge des weiten Weges zur Arbeit (oft über 3 Stunden) einige Minuten zu spät kommen, einen vollen halben Tag aussetzen. Selbst die Section hat dem Arbeiterausschuß erklärt, daß es in solchen Fällen auf einige Minuten nicht ankommt, zum mindesten jedoch sollen die Arbeiter dann bei der nächsten Pause anfangen dürfen. Alle die vorliegenden Beschwerden wurden der vorgerichteten Versammlung mitgeteilt, so daß Abhilfe zu erwarten steht. Zum Schluß mußten wir uns auch noch mit dem Ausführenden Schöpfer beschäftigen, der seine Haupttätigkeit darin erblickt, Kollegen vom Verbands abzutreiben. Dieser Mann, der früher alle Vorarbeiter samt Haut und Haaren gefressen hätte, weil seiner nach seiner Ansicht etwas laugt, ist darüber verärgert, daß die Arbeitskollegen auf seine Vertretung im Arbeiterausschuß verzichteten und einen anderen wählten. Wenn Schöpfer aber glaubt, seinen Körper auf solche Weise an seinen Arbeitskollegen anzupflanzen, so ist das völlig verfehlt. — Die gut verkaufte Versammlung brachte wieder eine ganze Anzahl Neuaufnahmen für unseren Verband.

Notizen für Gasarbeiter

Zentenarfeier der Gasindustrie.

Einem Artikel von Dr. M. Speter im „Vorwärts“ entnehmen wir die folgende interessante Abhandlung:

Bis zur Wende des 19. Jahrhunderts behielt sich die Menschheit mit den einfachsten Mitteln der künstlichen Beleuchtung. Nur gewöhnlich war das Bedürfnis, das Dunkel der Nacht oder lichtentbehrender Räume durch Licht zu beseitigen, im Altertum und Mittelalter sehr gering. Dandel und Wandel erlitten zur Nachtzeit eine fast völlige Unterbrechung. Volksfeste und Theateraufführungen fanden bei Tage und unter freiem Himmel statt. Die Lampe der Griechen und Römer, primitiv und im Prinzip mit der der heutigen Öronländer fast völlig übereinstimmend, reichte vollkommen aus. Auch im Mittelalter sind keine wesentlichen Fortschritte in der künstlichen Beleuchtung gemacht worden. Klempner oder Wachslerge erhellten Besatzlager und nächtliche Wanderung, die Fackel diente beim nächtlichen Studium zur Beleuchtung. Während noch zu Anfang des 17. Jahrhunderts Paris fast gänzlich im Dunkeln lag, wurden zur Zeit Ludwigs XV. an den Straßenenden große Becken flammen in eisernen Becken zur Beleuchtung gebrannt. Später fanden dafür Öllampen und Laternen mit Talglämpchen Verwendung.

Das Bedürfnis nach einer vollkommeneren Beleuchtung macht sich zu Ende des 17. Jahrhunderts bemerkbar, zu einer Zeit, als durch die Anwendung der Dampfkraft die industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine weitestläufige Umgestaltung erfuhren. Als James Watt seine ersten Dampfmaschinen in die Bergwerke von Cornwall sandte, wurde sein Mitarbeiter William Murdoch dazu angeregt, sich mit den in jenen Gruben geförderten Kohlen näher zu beschäftigen. Es gelang ihm, aus jenen Steinkohlen durch trockene Destillation, d. h. durch Erhitzen unter Luftabschluß, ein brennbares Gas, das Steinkohlengas, zu gewinnen. Schon 1792 beleuchtete er sein Wohnhaus in Redruth mit diesem Gase. Vor die Öffentlichkeit trat Murdoch mit seiner Gasbeleuchtung zuerst bei einer Illumination zur Feier des im Frühjahr 1802 zu Amiens abgeschlossenen Friedens, nachdem er im selben Jahre in der Maschinenfabrik von Watt und Boulton zu Soho diese Beleuchtung eingeführt hatte. Die Entdeckung, daß Steinkohle bei der trockenen Destillation ein brennbares und leuchtendes Gas gibt, war schon vor Murdoch bekannt. Sein großes Verdienst ist es, die schwierigen Aufgaben praktisch gelöst zu haben, das Steinkohlengas in größerer Menge herzustellen, von den schädlichen und verunreinigenden Bestandteilen zu befreien, zum Verbrauchsort zu transportieren und durch geeignete Brenner zur Beleuchtung verwenden zu können.

Mit Murdoch der Schöpfer der technischen Methode zur Leuchtgasdarstellung, so gilt ein deutscher Kaufmann namens Friedrich Albert Winsor, ursprünglich Ringer geheißen, als der eigentliche Schöpfer der Gasbeleuchtung in London. Winsor beleuchtete im Jahre 1807 am Geburtstage des Königs die Front zweier Häuser in Pall Mall, in welcher er seine Apparate aufgestellt hatte. Um den Kontrast mit der gewöhnlichen Straßenbeleuchtung und die Vorzüge des Gaslichtes zu demonstrieren, richtete er auf der Südseite der Pall Mall-Straße eine 1700 Fuß lange Gasbeleuchtung ein. Winsor war sehr darum bemüht, in London eine Gasgesellschaft ins Leben zu rufen. Als Frucht seiner Bemühungen ist es anzusehen, daß sich die Gaslight and Coke Company zur zentralen Gasversorgung Londons bildete, die im Jahre 1812 ihr Privileg erhielt. Diese Gesellschaft — heute die größte der Londoner Gasgesellschaften — kann sonach auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Wenn auch erst 1814 der erste Stadtteil Londons, das Kirchspiel St. Margaret, vollständig mit Gas beleuchtet wurde — die Westminsterbrücke erhielt 1813 Gasbeleuchtung — so bildet doch das Jahr 1812, als Zeitpunkt der Gründung der ersten und größten Gasgesellschaft, den Anlaß zur Jahrestagfeier der Steinkohlengasindustrie.

Trotz der entschiedenen Vorzüge, die dem Leuchtgas zur Seite standen, fand die Einführung nicht ohne weiteres eine freundliche Aufnahme. Zunächst befürchtete man die Explosionsgefahr. Und wie allen Neuerungen brachte man auch der Gasindustrie Mißtrauen entgegen. Sir Humphry Davy, der große englische Gelehrte, der weltbekannte Erfinder der Grubenleuchte, erklärte bei der Vorstellung, daß London jemals mit Gas beleuchtet werden sollte, höchst amüsant lesen sich die Bemerkungen der „Athenischen Zeitung“ vom Jahre 1819, die sie ihren Lesern auftrug, als dort die Einführung der Gasbeleuchtung für öffentliche Straßen und Plätze projektiert war. Sie schrieb: „Nede Straßenbeleuchtung ist verwerflich! 1. Aus theologischen Gründen, als Eingriff in die Ordnung Gottes. Nach dieser ist die Nacht zur Äußerung eingeteilt, die nur zu gewissen Zeiten vom Mondlicht unterbrochen wird. Tagzeiten dürfen wir uns nicht annehmen, den Weltmännern nicht kühnen, die Nacht nicht in den Tag sehen wollen. 2. Aus medizinischen Gründen. Das nächtliche Verweilen auf den Straßen wird den Leuten leichter und bequemer gemacht und leitet zu Schnupfen, Husten und Geschlecht den Grund. 3. Aus physio-

soßlichen Gründen. Die Sittlichkeit wird durch die Gasbeleuchtung verschlimmert. Die künstliche Helle verheuchelt in den Gemütern das Grausen vor der Finsternis, das die Schwachen von mancher Sünde abhält. Diese Helle macht auch den Sünder sicher, so daß er in den Bestuben bis in die Nacht hinein schwelgt. 4. Aus volkstümlichen Gründen. Öffentliche Feste haben den Zweck, das Nationalgefühl zu heben, Illuminationen sind hierzu vorzüglich geeignet. Dieser Eindruck wird aber geschwächt, wenn derselbe durch allmähliche Quasi-Illuminationen abgestumpft wird, daher gasst sich der Landmann toller an dem Lichtglanz als der lichtgefättigte Großstädter."

Die eindringlichen Vorstellungen dieses Blattes scheinen indessen nicht recht stichhaltig gewesen zu sein, um die Einführung in Deutschland hintanzuhalten. Schon 1825 erhält Hannover, 1826 Berlin Gasbeleuchtung, und nacheinander folgten die verschiedenen Städte Deutschlands mit der Einführung. Waren es ursprünglich englische Gesellschaften, die bei uns diesen Industriezweig pflanzten — die Gasanstalten in Hannover und Berlin wurden von englischen Gesellschaften ins Leben gerufen, — so bildeten sich bald auch einheimische Gesellschaften, unter ihnen die 1855 gegründete Deutsche Kontinental-Gasgesellschaft in Dessau, denen dieser Industriezweig kräftige Förderung und ihre heutige Blüte verdankt.

Wie die Bedenken der „Nölnischen Zeitung“ keinen irgendwie hemmenden Einfluß auf die Einführung der Gasbeleuchtung gehabt, ebensowenig vermochte der um das 18. Jahrhundert lebende Germanist J. G. Adelung, die für luftförmige Stoffe von dem holländischen Arzt und Naturforscher J. B. van Helmont zu Anfang des 17. Jahrhunderts willkürlich geprägte Bezeichnung „Gas“ aus dem deutschen Sprachgebrauch auszumerzen. Dieser von Helmontische Ausdruck wurde nach längerer Vergessenheit von dem französischen Chemiker Macquer 1778 wieder aufgenommen, um dann von Lavoisier akzeptiert und weiterverbreitet zu werden. Die Bezeichnung „Gas“ kam in Deutschland schon 1783 als Folge der Berichte über die Montgolfierischen Ballonaufstiege aus Paris in Gebrauch. Es hieß damals allgemein noch „der Gag“. Ein Ungenannter der „Hamburgischen Zeitung“ machte 1784 darauf aufmerksam, daß nicht „Gag“, sondern entsprechend der deutschen Herkunft des Wortes „Gas“ zu schreiben sei. Adelung nun sträubt sich heftig gegen das „barbarische Wort“ und er hofft, „daß unsere Naturkundigen ein schicklicheres Wort, welches nicht so sehr das Gepräge der Alchimie an sich hätte, ausfindig machen“. Hierbei ist es geblieben.

War das Steinkohlengas in der ganzen Welt zuerst für Beleuchtung eingeföhrt worden, so fand es eine nicht weniger ausgedehnte und wichtige Verwendung für Heizzwecke. Die Leuchtgasflamme ist nicht ohne weiteres als Heizquelle zu verwenden, weil die zu erhaltenden Gegenstände beruht. Diese Erscheinung erklärt sich aus dem Umstande, daß das Leuchtgas in der flammenden Kohlenstoffteilchen in feinsten Verteilung enthält, die bei der plötzlichen Abkühlung an kalten Gegenständen in ihrer feinsten Verteilung als Ruß zur Ausscheidung gelangen. Gibt man jedoch den in der leuchtenden Gasflamme schwebenden Kohlenstoffteilchen durch reichliche Luftzuföhhr Gelegenheit zur vollständigen Verbrennung, so wird die Flamme entleuchtet und ruht nicht mehr. Durch die vollständige Verbrennung der Kohlenstoffteilchen des Gases wird aber außerdem noch die Temperatur der brennenden Gases wesentlich erhöht. Die Anwendung dieses Prinzipes verdanken wir Robert W. Bunsen, der den bekannten „Bunsenbrenner“ Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in der noch heute verwendeten Form erfand.

Eine scharfe Konkurrenz als Lichtspenderin erföhrt die Leuchtgasflamme durch das elektrische Bogenglicht, das bei großer Oekonomie das Lichtbedürfnis stark gesteigert hatte. Die Erfindung des Gasglühlichts durch Auer v. Welsbach ließ das Gas den Vorzug des elektrischen Lichtes wieder einholen. Auer, ein Schüler Luthens, beschäftigte sich mit dem merkwürdigen Leuchtstoff geblähter Salze von „seltenen Erden“ in der Flamme des Bunsenbrenners. Er fand, daß ein Gemisch von 99 Proz. Thoriumoxyd mit 1 Proz. Ceroyd ein ungewöhnlich helles Leuchtvermögen in der Flamme zeigte. Der bekannte Glühstrumpf ist nicht weiter als das Aschenfelle einer Nampenfaser oder Phosphorschwammes, der mit der angegebenen Salzmischung jener beiden „seltenen Erden“ getränkt war. Der Erfolg dieser im Jahre 1886 bekannt gewordenen Erfindung war beispiellos. Da für dieselbe Lichtstärke, die sie früher mit der leuchtenden Rußflamme erzielt wurde, durch das neue Gasglühlicht erheblich geringere Mengen an Gas verbraucht werden, hatte die Einführung der Auer'schen Erfindung in die Praxis einen starken Rückgang im Gasverbrauch zur Folge. Durch die ersparrliche Verbrennung des Gasglühlichtes wurde jedoch dieser Ausfall bald weit gemacht. Die Einführung des Hochdrucklichtes, wo die Strömung durch gepresstes Leuchtgas auf sehr hohen Temperaturen und damit enorme Verdichtungen gebracht werden, hat der Verbreitung des Gasglühlichtes und damit dem Gasverbrauche nach noch weiter Beschub geleistet, so daß auch die modernsten Hochdrucklampen der elektrischen Beleuchtungstechnik, wie Tantal-, Natrium- und Quecksilberlampen, dem Gasverbrauch keine nennenswerte Einbuße verursachen können.

Dem Laien ist meistens nur die Verwertung des Gases als Leucht- und Heizstoff bekannt. Das Gas dient jedoch auch als Kraftquelle. Man dringt ein Gemenge von Gas und Luft durch Zündfunken zur Explosion, genau so, wie bei den Benzinexplosionsmotoren. Die Gaskraftmaschinen sind an die Gaszentralen gebunden, darum stationäre Motoren.

Ueber die bei der Leuchtgasgewinnung aus der Steinkohle auftretenden Nebenprodukte, ihre Gewinnung und Verwertung sich zu verbreiten, würde zu weit führen. Es mag genügen, daran zu erinnern, daß der als Rückstand der erhitzten Kohlen verbleibende Roß ein wichtiges Heizmaterial in Haus und Industrie bildet; daß das bei der Destillation gewonnene sogenannte Gaskocher-Ammoniak gelöst enthält, aus dem man den wichtigen Stöckstoffdünger Ammoniumsulfat gewinnt; daß endlich der Teer, das Destillat der Steinkohle, eine wahre Fundgrube zur Gewinnung und Darstellung wichtiger Stoffe des täglichen Lebens und des industriellen Bedarfs bildet, wie Farbstoffe und pharmazeutische Präparate. Um nur zwei markante Beispiele herauszugreifen: Roß- und Hölzstoffe zur Darstellung des künstlichen Indigos und des „Aspirins“ stammen in letzter Linie aus dem Steinkohlenteer.

Ueberblickt man die Fülle der Anwendungsgebiete des Gases und berücksichtigt man den enormen Einfluß dieser Industrie auf das industrielle und kulturelle Leben, so wird man auch in unserer etwas übermäßig jubiläumsfreudigen Zeit gern an der retrospektiven Säkulareier dieser Industrie Anteil nehmen und ihr auf ihrem Weg nach aufwärts Erfolge wie bisher wünschen.

♦ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ♦

Die Folgen der Weigerung eines Unfallverletzten, sich auf Antrag der Berufsgenossenschaft einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Ein Arbeiter der Gartenverwaltung der Stadt L. hatte im Jahre 1900 eine Sehnenverletzung der rechten Hand erlitten und bezog zuletzt eine Unfallrente von 20 Proz. Im vergangenen Jahre beantragte die Berufsgenossenschaft beim Schiedsgericht die Rente aufzuheben, weil der Rentempfänger sich weigerte, sich einer von ihr angeordneten ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. In Wirklichkeit verweigerte der Verletzte nicht die Untersuchung als solche, er wollte nur von einem Arzt untersucht sein, den er namhaft machte, und nicht von dem Arzt der Berufsgenossenschaft. In Fällen der Weigerung ist die Berufsgenossenschaft nach der Rechtsprechung berechtigt, den nach Lage der Verhältnisse, für den Verletzten unangünstigen Schluß bezüglich seines Anspruchs zu ziehen. Dieser Schluß darf nur nicht wider Sinnig sein, also z. B. nicht dahin gehen, ein unheilbares Leiden sei verschwunden oder ein fehlendes Körperglied wieder gewachsen. Auch vor dem Schiedsgericht lehnte der Verletzte in dem vorliegenden Falle eine ärztliche Untersuchung ab. Letzteres hob darauf die Rente auf. Danach rief der Verletzte das Sächsisches Landesversicherungsamt an. Dort erklärte er sich zur ärztlichen Untersuchung bereit und wurde daraufhin auf Beschluß des Landesversicherungsamts von einem Arzt untersucht. Schließlich wurde das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben und dem Verletzten noch eine Teilrente von 5 Proz. gelassen. Die Erhaltung der Rente, welche er durch diesen Prozeß gehabt hatte, wurde jedoch verweigert. In der Begründung der Entscheidung vom 24. Februar er. heißt es: „Wenn ein Rentempfänger durch eine nach Lage der Sache unbegründete Weigerung, sich durch einen bestimmten Arzt untersuchen zu lassen, die Feststellung einer Veränderung seines Zustands verhindert hat, so sind die Feststellungsorgane befugt, den für den Verletzten unangünstigen Schluß bezüglich des Eintritts einer Verringerung der Unfallrenten zu ziehen, jedoch nur innerhalb der Grenzen, welche die Verhältnisse des einzelnen Falles zu lassen und unter der Voraussetzung, daß das Verhalten des Verletzten sich gegen eine Anordnung richtet, deren Befolgung verständigweise von dem Verletzten zu fordern war. Die Weigerung A.'s, sich durch den von der Berufsgenossenschaft und vom Schiedsgericht bestimmten Arzt untersuchen zu lassen, war ungerechtfertigt. Sie wurde auch dadurch nicht entschuldigt, daß B. durch einen von ihm benannten ärztlichen Sachverständigen untersucht sein wollte, denn der Verletzte hat kein Recht darauf, daß statt des vom Feststellungsorgane bestimmten Arztes der von ihm vorgeschlagene Arzt vernommen werde. — Eine andere, hier aber nicht in Betracht kommende Frage ist, ob nach Vernehmung des vom Feststellungsorgane genannten Sachverständigen der vom Verletzten benannte Arzt zu hören ist. — In einem aus Jahre 1900 stammenden ärztlichen Gutachten ist die Verringerung der Unfallrente mit der Bemerkung angedeutet, daß nur noch geringen Aufwärtigen begründet werden. Dieraus konnte das Schiedsgericht zum Gunsten des Verletzten annehmen, daß sich der Einfluß der fortwährenden Genesung und Anheilung an den Zustand weiter in der Weise geltend gemacht habe, daß eine weitere Verringerung der Unfallrente nicht mehr befehle, und es konnte demnach die Rente aufheben. Diese Entscheidung ließ sich

jedoch nicht aufrechterhalten, nachdem durch das Gutachten des vom Landesversicherungsamt gehörten Sachverständigen tatsächlich festzustellen war, daß noch eine merkbare Beeinträchtigung der Erwerbstätigkeit durch Unfallfolgen vorliegt. Wäre der Verletzte dem berechtigten Verlangen der Feststellungsorgane nach einer ärztlich untersuchten nachgetommen, so hätte die tatsächlich vorhandene Minderung der Erwerbstätigkeit schon in den Vorinstanzen festgestellt werden können. Der Verletzte hätte dann voraussichtlich von der Einlegung des Rekurses abgesehen. Mitin ist nur das bewußt rechtswidrige Verhalten des Verletzten in den Vorinstanzen die Ursache, daß die Kosten des Rekursverfahrens entstanden sind. Das Landesversicherungsamt wäre also befugt gewesen, dem Kläger die von ihm unwillig veranlaßten Kosten des Rekursverfahrens aufzulegen. Es ist jedoch hiervon abgesehen worden. Dagegen war sein widerrechtliches Verhalten, von dem er erst am Schlusse der Rekursverfahrens abstand, bei der Prüfung der Kostenentscheidung zu berücksichtigen. Denn es wäre unbillig gewesen, der Berufsgenossenschaft die Erstattung von Kosten anzuführen, die lediglich durch die ungerechtfertigt gebliebene Widerschicklichkeit des Klägers entstanden sind. Bemerkenswert möchten wir hierzu noch, daß die Berufsgenossenschaften, jedoch nicht berechtigt sind, den Verletzten durch eine allgemeine Anordnung zu verpflichten, sich in regelmäßigen Zeiträumen untersuchen zu lassen.

• Theaterarbeiter •

Nürnberg. Wenn man in einem großen Theater als Zuschauer sitzt, so jaunt man oft über die Verwandlungen, die während der kurzen Pause sich auf der Bühne vollziehen. Besonders derjenige, der das erste Mal oder nur selten ins Theater kommt, kann sich nicht genug wundern. Aber auch diejenigen, die bald alle Tage im Theater sind und alle Opern und Schauspiele kennen, haben keine Ahnung, wie es auf der Bühne während eines Umbaus, während der Proben, überhaupt hinter dem Vorhang zugeht, wenn sie nicht Gelegenheit hatten, das Bühnenleben gründlich zu beobachten. Welche große Zahl von anstrengenden Proben für Darsteller und Choristen, aber auch für das technische Personal sind notwendig, um ein Stück in allen seinen Teilen tadellos zur Ausführung zu bringen, um auch dem schärfsten Kritiker keinen Anlaß zu Tadel zu geben. Noch größer und anstrengender sind die Vorbereitungen, wenn ein neues Stück einstudiert wird, oder wenn ein altes in neuer Einstudierung mit neuen Dekorationen aufgeführt wird. Daß sich das Chorpersonal in keiner ruhigen Lage befindet, ist schon öfter gesagt worden. Was aber von dem gesamten technischen Bühnenpersonal geleistet werden muß, besonders bei Eröffnung einer neuen Saison, ist fast unglücklich. In Nürnberg wurde die Winterpielzeit mit den „Meisterjüngern“ eröffnet und die Vorstellung fand auch ihr wohlverdientes Lob. Das technische Personal hat aber in der Vorwoche 76 Stunden gearbeitet, und was das heißt im Stadttheater, das kann nur der beurteilen, der schon öfter während des Umbaus auf der Bühne war. Die ganz neuen Dekorationen haben teilweise nicht gepaßt und gefallen, sind auseinandergerissen und wieder zusammengesetzt worden. Das Personal mußte von der Bühne weg in den Malerfaal oder in die Scheinerverkstatt, von früh 8 Uhr bis abends 11 Uhr. Recht wird an den Dekorationen viel mehr geändert wie früher, wo zum Einschneiden nur eines Fensters erst die Erlaubnis geholt werden mußte. Ob das zum Nutzen der ganzen Einrichtungsgegenstände ist, ist eine andere Frage, und die neu gelieferten Dekorationen sollten doch ohne zu ändern wenigstens zu einer Vorstellung verwendet werden können. Das viele Aendern bringt naturgemäß viel Arbeit mit sich und die Leute werden immer mehr angestrengt, ohne daß das Personal vermehrt wird. Hier sollte sich der Stadtmagistrat Nürnbergs doch einmal um diese Verhältnisse kümmern; soviel uns bekannt ist, besteht ja ein Extraauschuß für das Stadttheater, und dieser Ausschuß sollte öfter einmal jemand auf die Bühne schicken, wenn derartige große Vorbereitungen für die neue Saison getroffen werden.

• Aus unserer Bewegung •

Hamburg. Nachträglich hat die Baudeputation auch die Löhne der bei der Sektion I beschäftigten Meßgehilfen aufgebessert. Während bisher höchst unklare Lohnverhältnisse vorherrschten, wird die Bezahlung nunmehr nach folgender Stala geregelt:

Im 1., 2. und 3. Dienstjahr	4,20 M. Tagelohn
„ 4. und 5. Dienstjahr	30,— „ Bodenlohn
„ 6. „ 7. „	31,— „ „
„ 8. „ 9. „	32,— „ „
„ 10. „ fernere Dienstjahre	33,— „ „

Diese Lohnhöhung trat erst ein, nachdem die Meßgehilfen, die sich sonst im allgemeinen der Organisation ziemlich fernhielten, gewichtig durch die fortgesetzte Vernachlässigung und Verbröderung, ihren Anschluß an die Organisation der hamburgischen Staatsarbeiter vollzogen und in einer Versammlung sowie in der Tages-

presse Stellung zu der endlichen Regelung ihrer Lohnverhältnisse nahmen. Auffällig an der nun gültigen Lohnstala ist die dreijährige Gültigkeit des Lohnes von 4,20 M. pro Tag. In den übrigen Lohnstufen der hamburgischen Verwaltungen ist für die ersten beiden Jahre 4,20 M. und für das dritte Jahr 4,30 M. festgesetzt. Weshalb gerade die Meßgehilfen die 10 Pf. mehr im dritten Tagelohnjahre nicht haben sollen, ist unbegreiflich. Wie so manche andere Mängel im Arbeitsverhältnis werden die Meßgehilfen bestrebt sein müssen, auch diese ungünstige Ausnahmestellung zu beseitigen. Dazu verhilft aber nur fester Zusammenhalt im Rahmen der Organisation. Das dürfen die Meßgehilfen der Sektion I nicht vergessen.

Hannover. Unsere Versammlung vom 21. August beschäftigte sich mit der Vertragsserhöhung. Kollege Meißner begründete die Notwendigkeit der Beibehaltung des bisherigen Ortszuschlages von 5 Pf. auch während der Erhebung des erhöhten Beitrages ab 1. Oktober d. J. Nach lebhafter Debatte wurde im Sinne des Referenten beschlossen. Ferner stimmte die Versammlung der Einführung einer Sterbeunterstützung für Kinder zu. Sie beträgt im Alter bis zu einem Jahr 5 M., über 1 bis 10 Jahren 10 M., über 10 bis 14 Jahren 15 M.; außerdem wird bei Krankheit der Frauen unserer Mitglieder, die keiner Krankenkasse angehören, bei Behandlung im Krankenhaus 20 M. Beihilfe gewährt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Wolkenin gewählt. Dem Kollegen Koch bewilligte die Versammlung abermals eine Notfallunterstützung von 20 M.

Mülhausen i. G. Eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung hielt die Filiale am 29. August ab, in welcher die Vertragsfrage und die Frage eines Filialbeamten behandelt wurden. Der Gauleiter hielt das einleitende Referat. Beschlossen wurde mit 120 gegen 29 Stimmen, den Beitrag vom 1. Oktober ab auch weiterhin als Einheitsbeitrag von 60 Pf. für männliche, 30 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben. Der Ortszuschlag beträgt also wie bisher 10 resp. 5 Pf. Der Antrag auf Anstellung eines Ortsbeamten wurde einstimmig angenommen. Die einmaligen Kosten der Bureaueinrichtung im Höchstbetrage von 1200 Mark werden aus der Filialkasse gedeckt. Dagegen fällt die Entschädigung des Kassierers und des Ganzzettelanfertigers sowie die bisherige Bureaumiete weg. Die Untertassierer behalten ihre bisherige Entschädigung ohne Rücksicht auf die Vertragsserhöhung. Entschädigungen bei Versammlungen, Zeitverräumnisse bei Verordnungen usw. werden nur in unumgänglich nötigen Fällen vergütet, dagegen wird die Ehrung verstorbener Kollegen durch Kranz usw. wie bisher fortgesetzt. In die Kommission zur Neuordnung des Ortsbureaus wurden die Kollegen Fleck, Herrgott, Bohrer, Denfel, Schneider und Stopp gewählt. Nachdem noch einige Gasarbeiterangelegenheiten besprochen waren, fand die Versammlung ihr Ende.

Mülheim a. Rh. Unsere Kollegen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine vom Gemeindegewerkschaft, Transportarbeiter- und Gärtnerverband einberufene stark besuchte Versammlung nahm Stellung zu den Forderungen. Die Fraktionen des Rathauses waren eingeladen. Die sozialdemokratische Fraktion entsandte einen Vertreter. Das Zentrum entsandte sich, während von den Liberalen keine Antwort und kein Vertreter eintraf. Kollege Vinderröhl führte u. a. aus, daß der Oberbürgermeister Clostermann in seiner Antrittsrede ausgesprochen habe: „Er werde bestrebt sein, die Bedürfnisse der Stadt kennen zu lernen und zu sehen, wo der Schuh drückt. . . . Auch der geringste Mann würde ein offenes Ohr für seine Wünsche finden.“ Bezüglich der städtischen Arbeiter sei dieses Programm nicht in Erfüllung gegangen. Zwar hat man die Wünsche der „geringen Männer“ angehört, aber damit hatte es auch sein Verenden. Mit Versprechungen könne sich jedoch die städtische Arbeiterschaft nicht mehr zufriednen geben. Die gegenwärtige Steuererhöhung erfordere gebieterisch Maßnahmen zur Verringerung des Notstandes unter den städtischen Arbeitern. Eine Regulierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei ein dringendes Bedürfnis. Auf die gegenwärtigen Verhältnisse eingehend zog der Redner Vergleiche mit den Verhältnissen der Nachbarstädte und kam zu dem Ergebnis, daß Mülheim weit nachhinkte. So ist keine „Allgemeine Arbeitsordnung“ vorhanden. Diese wurden bisher betrüblicherweise mit den größten Verschiedenheiten erlassen. Lange Arbeitszeit, unzureichende Löhne sind weitere „Schönheiten“ der jetzigen Arbeitsverhältnisse. Bei 10stündiger Arbeitszeit werden für Handwerker wie Gärtner 2,80, 3 M. und im „Hochstalle“ sogar 3,50 M. pro Tag bezahlt. Nicht viel besser steht es mit den Handwerkern der übrigen Betriebe. Dabei weisen die Löhne unbedeutende Verschiedenheiten auf, die unbedingt ausgeglichen werden müssen. Die Überstunden, Nacht- und Sonntagarbeiten bedürfen ebenfalls der Regelung, desgleichen die Urlaubsverhältnisse; wird doch heute erst nach 5 Jahren ein Urlaub von 3 Tagen gewährt. Der Redner bespricht weiter die einzelnen Verhältnisse und betont, daß, wenn die Stadtverwaltung auf die Wünsche der einzelnen Sparten nicht hören wollte, eine gemeinsame Aktion unternommen werden müßte. Diese sei erfreulicherweise auch zustande gekommen. Redner unterbreitete dann die von der Kommission aufgestellten Forderungen, die in ihren wesentlichen Punkten wie folgt lauten: Einführung der täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden, für Schicht-

arbeiter 8 Stunden. Einführung von Wochenlöhnen, 15 Proz. Lohnanfrage. Festsetzung eines Lohnstarfes mit jährlichen Steigerungen. Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage. Regelung der Überarbeiten. Ausbau des Erholungsurlaubes. Regelung des Krankengeldauschusses, des Ruhelohnes und der Hinterbliebenenversorgung usw. Endlich Anerkennung der Organisationen als Vertreterinnen der Arbeiter. Die Kommission habe sich bei Aufstellung der Forderungen von dem Gedanken leiten lassen, die Wünsche in bescheidenen Grenzen zu halten, damit ihnen die Stadtverwaltung um so leichter zustimmen könne. Sie enthalten tatsächlich nur das Notwendigste. Es dürfe erwartet werden, daß sich die Stadtverwaltung baldigst ihrer sozialpolitischen Aufgaben bewußt werde und für die Verwirklichung der berechtigten Forderungen Sorge trage. — In der Diskussion ergriffen verschiedene Kollegen das Wort und unterstrichen die Ausführungen des Referenten. Da und dort wäre es angebracht, die Forderungen weiter zu stecken. Herr Stadiv. Jülich betonte, daß seine Freunde den Wünschen der städtischen Arbeiter das größte Interesse entgegenbrächten. Sie wären bestrebt, den berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Die Stadtverwaltung habe die ernste Pflicht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter annehmbar und auskömmlich zu gestalten. Ihm schlossen sich die Vertreter des Transportarbeiter- und des Gärtnerverbandes an, die die Notwendigkeit der Regulierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nochmals besonders unterstrichen. Notwendig sei aber der Ausbau der Organisationen, wenn dauernde Erfolge erzielt werden sollen. Die Versammlung stimmte der anschließenden Forderungen einstimmig zu und beauftragte die beteiligten Organisationen, dieselben umgehend der Stadtverwaltung einzureichen.

◆ Internationale Rundschau ◆

Die französischen Gewerkschaften 1910-1911. Der Bericht der Konföderation der Gewerkschaften Frankreichs über die Tätigkeit in den Jahren 1910-1911, der anlässlich des bevorstehenden französischen Gewerkschaftskongresses herausgegeben ist, enthält zum erstenmal eine Statistik über die Stärke und die Kämpfe der Gewerkschaften, die der Konföderation angeschlossen sind. Freilich sind die in dem Bericht enthaltenen statistischen Angaben noch lückenhaft und geben eine nicht so genauen Überblick nur grob gezeichnete Umrisse. Die föderalistische Organisationsform, die in Frankreich noch vorherrscht, gestattet keine genaue Uebersicht. Immerhin läßt sich aus dem Bericht mit genügender Deutlichkeit erkennen, ob und wie weit die Tatkraft der französischen Gewerkschaften der internationalen Gewerkschaftstatkraft überlegen ist, wie die Syndikalisten behaupten. Nach dem Klassenbericht bezogen die Gewerkschaften von der Konföderation an monatlichen Beitragsmarken 1910 9700 127 und 1911 3810 709. Rechnet man die Zahl der Arbeitslosen, Streikenden, Neueintretenden usw. und die Gewerkschaften, die weniger Beitragsmarken bezogen, als sie nach ihrer Mitgliederzahl verbrauchen müßten, dann dürfte man der effektiven Mitgliederzahl am nächsten kommen, wenn man die Zahl der verkauften Monatsbeiträge durch 10 dividiert. Das ergab 370 012 Mitglieder für 1910 und 318 070 für 1911 im Jahresdurchschnitt. Die Gemeindegewerkschaftsföderation bezog im Jahre 1910 für rund 10 000, 1911 für 10 600 Mitglieder Beitragsmarken. Die Beleuchtungsarbeiter hatten 1910 9270, 1911 7300 Mitglieder, das Sanitätspersonal 1910 1250, 1911 jedoch 6450 Mitglieder.

Die Zunahme von nur 11 000 in dem Jahre der Hochkonjunktur 1911 ist außerordentlich gering. Der Rückgang der Eisenbahner um nahezu 30 000 infolge des verlorenen Streiks im Oktober 1910, ferner der Rückgang oder Stillstand der meisten Staats- und Gemeindegewerkschaften, eine Folge geringerer Beschäftigung, Mangelregelung der tätigen Gewerkschaften oder des Rückschlages nach dem ersten Organisationsversuche, erklären teilweise diesen schmerzlichen Fortschritt trotz günstiger Periode. Die mangelhaften Organisationsmethoden erklären den Rest. Die Zahl der Zweigvereine und Syndikate ist von 3012 auf 2837 zurückgegangen, was auf die fortschreitende Industrialisierung der Organisationen zurückzuführen ist. Ebenso ist die Zahl der angeschlossenen Verbände von 57 auf 52 zurückgegangen. Es bestehen 38 Gewerkschaftsblätter, davon einige für mehrere Verbände gemeinsam; die meisten davon erscheinen monatlich. Neun Verbände haben in der abgelaufenen Periode ihre Beiträge erhöht. Die lokalen oder departementalen Gewerkschaftsleiter (Arbeitsräte oder Syndikatsvereinigungen) führten im Jahre 1910 für 278 174 und 1911 für 316 691 Mitglieder Beiträge ab. Von den 316 691 Mitgliedern bezahnten sich nicht weniger als drei Fünftel in dem Organisationsverhältnis. Diese Verhältnisse der Provinz ist eine Folge des Absterbens, der, um den Syndikaten ihre Autonomie zu sichern, sie sich selbst auflösen. Ueber die mangelnden Streiks berichtet die Konföderation vom 1. Juli 1910 bis 31. März 1912. Es fanden statt 2390 Streiks. Davon hatten 135 vollen, 890 teilweisen und 997 keinen Erfolg. Ueber 18 Streiks fehlen die Angaben. Danach

hatten also 18,58 Proz. aller Streiks vollen, 38,03 Proz. teilweisen und 42,60 Proz. keinen Erfolg. Das beweist, daß die sogenannte handtastliche Kampfmethode keineswegs besonders erfolgreich ist. Würden diesen Zahlen noch die errungenen Erfolge und die Zahl der Beteiligten beigegeben sein, dann dürfte das Ergebnis — die offizielle Streikstatistik läßt darauf schließen — noch ungünstiger sein. Ueber die Lohnbewegungen ohne Streik enthält der Bericht keinerlei Angaben. Sie sind in Frankreich auch nur wenig zahlreich. Daß die angeführten Massenbewegungen besonders ungünstig verlaufen, ist nicht verwunderlich. Um Massenkämpfe erfolgreich führen zu können, dazu bedarf es eben vor allem harter Organisationen.

Die Einnahmen der französischen Gewerkschaftszentrale betragen in der Berichtsperiode 169 193 Fr., davon 74 990 Fr. aus Beitragsmarken und 64 439 Fr. aus Mitgliedskarten. Die Ausgaben beliefen sich auf 165 929 Fr., davon 106 946 Fr. für Druckerlohn, 21 566 Fr. für Gehälter, 16 003 Fr. für Delegationen usw. Außerdem wurden für Streiks durch Sammlungen 27 653 Fr. vereinamht. Obwohl diese Zahl nur einen Teil der durch Sammlungen aufgebracht Gelder enthält, geht daraus doch hervor, daß niedrige Beiträge nicht zum Uebermut erziehen. Das beginnen auch die französischen Gewerkschaften einzusehen, was aus den angeführten Beitragserhöhungen ersichtlich ist. Alles in allem zeigt der Bericht, wieviel den französischen Gewerkschaften in organisatorischer Beziehung noch zu tun bleibt.

◆ Rundschau ◆

Die Meistesten der Berliner Kaufmannschaft zur Teuerung. In einem umfangreichen Memorandum zur Frage der Fleischsteuerung liefern die Meistesten der Berliner Kaufmannschaft äußerst wertvolles Material. Zunächst wird festgestellt, daß seit dem Jahre 1901 die Viehpreise ganz erheblich gestiegen sind. Rindvieh 1. Qualität stieg in diesem Zeitraum von 63,6 auf 85,5 M. pro hundert Pfund Schlachtgewicht. Die Preise für Schweine stiegen von 1901 bis 1912 von 55,5 auf 74,0 M., Schafe von 63,2 auf 81,5 M., Kälber von 70,3 auf 89,0 M. Der Bewegung der Viehpreise werden dann die Fleischpreise gegenübergestellt und hier untereinander die Statistik bei den Rindern, Kälbern und Schweinen drei Sorten. Die Preisermittlung ergibt für Rinder folgendes Resultat: Es kostete pro Pfund Rindfleisch

	1901-05 Gesamt- durchschnitt	1906-10 Gesamt- durchschnitt	1911 Jahres- durchschnitt	Juli 1912 Monats- durchschnitt
Rindfleisch . . . 1. Qualität	77	89	95	103
" . . . 2. "	68	78	82	88
" . . . 3. "	61	71	74	80
Kalbfleisch . . . 1. "	82	95	99	105
" . . . 2. "	74	86	89	93
" . . . 3. "	68	79	83	87
Schweinefleisch 1. "	88	95	92	105
" . . . 2. "	71	80	78	89
" . . . 3. "	67	75	72	82
Lammfleisch 1. "	76	88	90	103
" . . . 2. "	66	77	77	80

Diese Zahlen zeigen, daß es nicht wahr ist, was von Interessenten behauptet wird, daß die Steigerung eine plötzliche und deshalb nur vorübergehende sei. Es ergibt sich, daß die Preissteigerung eine dauernde war und eine dauernde bleiben muß, wenn nicht endlich die Grenzen geöffnet und die schikanösen Einfuhrbestimmungen beseitigt werden.

Niedriger hängen. Der „Dressener Anzeiger“ schreibt: „Wie aber sieht es in den freien Gewerkschaften aus? Die systematische Verhöhnung der roten Presse hat dahin geführt und mußte naturgemäß dahin führen, daß der Arbeiter seine Arbeit als einen Zwang empfindet und sie deshalb auch nur widerwillig verrichtet. Denn wie kann ein Mensch, dem tagtäglich in die Ohren geblasen wird, er werde von seinem Arbeitgeber nur ausbeutet und ausgejaugt, noch freudig und gern seine Arbeit verrichten? Daß aber widerwillig verrichtete Arbeit auch gleichbedeutend ist mit mangelhafter, das liegt schon in der Natur der Sache selbst. Daraus aber resultiert die Frage: Wie kann einem Arbeitgeber, der fortgesetzt durch eben diese mangelhafte Arbeit aufs empfindlichste geschädigt wird, noch zugemutet werden, gute Löhne zu zahlen? Wenn er selbst wollte, er könnte es auf die Dauer nicht einmal, falls er nicht mit Unterbilanz arbeiten will.“ — Im „Wärz“ führte demgegenüber der Schriftsteller Corbach die von dem Scharfmacherprofessor Ludwig Buchard aufgestellte Behauptung, die Gewerkschaftsbewegung fördere die Sabotage, folgendermaßen ab: „Man braucht nur mit den elementarsten Erkenntnissen sozialistischen Fortschritts bekannt zu sein, um zu wissen, daß Gewerkschaftsbewegung und Sozialismus die Arbeiter geliebt haben, nicht mehr im einzelnen Arbeitgeber, sondern in der Arbeiter freistehenden toten Maschine ihren Feind zu sehen, sondern in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem.“

Auch daß sie gelehrt wurden, sich als Erben der kapitalistischen Gesellschaft zu fühlen, mußte in ihnen allen bündelnden Regungen entgegenwirken; denn dadurch wurde bei ihnen die Vorstellung hervorgerufen, all die wunderbaren Erzeugnisse der kapitalistischen Produktion würden, soweit sie für längere Dauer geschaffen sind, einst ihnen oder ihren Kindern ausgeliefert werden. Je besser sich das Proletariat in Gewerkschaften organisierte und je mehr es für marxistische, sozialistische Ideen eingenommen wurde, desto weniger verspürte es mehr Reizung, seinen Wut gelegentlich an den Maschinen oder Einrichtungen auszulassen, an oder in denen sie für kapitalistische Zwecke zu arbeiten gezwungen waren. Die Sabotage, so wie sie in Frankreich betrieben wird, hat ohne Zweifel größtenteils noch den ursprünglichen Charakter des unsozialistisch denkenden Arbeiters gegen die Maschine zur Triebfeder, so sehr das auch die syndikalistische Ideologie zu verschleiern sucht. Inwiefern dies der Fall ist, wird das auch in Frankreich, wie Sombart mit Recht hervorhebt, durch den Mangel an starken gewerkschaftlichen Organisationen erklärt. Dem Mangel einer starken Gewerkschaft muß die französische Sabotage unfruchtbar erscheinen, denn er kann es sich nicht anders vorstellen, als daß der Arbeiter durch ihre Anwendung das Fundament zerstört, auf dem sich einst das Gebäude einer besseren Wirtschaftsordnung erheben soll."

Ein Pilzmerkblatt. Pilze als Volksnahrungsmittel werden mehr und mehr ihrem Werte entsprechend gewürdigt, doch läßt leider noch immer, wie die häufigen Berichte über Pilzergiftungen beweisen, die genaue Kenntnis der essbaren und giftigen Arten sowohl bei Händlern wie bei Liebhabern zu wünschen übrig. Die zur Erkennung der schädlichen Pilze zuweilen empfohlenen Merkmale, wie Verfärbungen der Fruchtscheibe des Pilzes, Anlaufen einer mitgetrockneten Zwiebel oder eines eingetauchten silbernen Löffels sind nicht zuverlässig; sichere Unterscheidungsmerkmale gibt nur die genaue Kenntnis der einzelnen Pilzarten, die am Karren und überhöhlischen in dem vom Kaiserlichen Gesundheitsamt herausgegebenen Pilzmerkblatt abgebildet und beschrieben sind. Dies Pilzmerkblatt ist dem praktischen Bedürfnis weiterer Kreise angepasst. Es enthält außer acht Textseiten mit Beschreibung der häufiger vorkommenden essbaren und schädlichen Pilzarten eine hervorragend ausgeführte Tafel in Farbendruck, auf der die wichtigsten nachstehenden Arten mit den ihnen ähnlichen Giftpilzen zum Vergleich zusammengezeichnet sind. Dem Texte angefügt ist noch ein Nachmitt über den Nährwert der Pilze sowie über Pilzergiftungen und ihre Behandlung. Die Anschaffung des Merkblattes Preis 10 Pf., einschließlich Porto 15 Pf., bei größerem Bedarf Stückpreis 6 bis 8 Pf., zu beziehen durch Julius Springer, Berlin W. 9) ist daher allen Pilzfrenden zu empfehlen.

D Schmerz laß nach! Die „christliche“ Gewerkschaftskante ist seit einiger Zeit vom Gais auf den Frankenberg gekommen. Eine kurze Zeitlang schien es, als sollten die tollen Kapriolen und Pöhsprünge des Gais damit eingeschränkt werden. Jetzt aber geht's schon wieder in dem ausgefahrenen Geleise der „geistvollen“ Beweisführung früherer Zeit. So wird denn der „sozialdemokratische Charakter“ unseres Verbandes erneut „nachgewiesen“. Unsere Notiz: „Arbeiter, bist Du auch dabei?“ ärgert die Patentdrüsen augenscheinlich ganz besonders. Die darin enthaltenen Zahlen der modernen Arbeiterbewegung haben offensichtlich ihren Reiz verloren und das ist nun freilich ein schlechter Berater. Wir wollen beiläufig nur feststellen, daß unsere wiederholt gegebenen Darlegungen über das Verhältnis von Gewerkschaft zur Partei wie auch zur Religion weniger eifrig zitiert werden von den mit dem Zentrum eng liierten „Christlich-Nationalen“. Was nun gar aus dem „Zimmerer“ vom Jahre 1905 aus dem Zusammenhang gerissen herangezogen wird, hat mit dem Thema so wenig zu tun, wie etwa „Christlich-national“ mit objektiver Wiedergabe eines gegnerischen Gedankens. Aber die „Gewerkschaftsstimme“ hat ja von jeher ihren Stolz darin gesucht, alles hinterbunt durcheinander zu würfeln. Es wäre von dem neuen Redakteur auch zuviel verlangt, wenn er andere Bahnen beschreiten wollte. Lassen wir ihn also für diesmal laufen!

Die Einführung des neuen Berliner O. B. M.

Ein Festtag, kommunalpolitisch!
Heut hält der neue Maire,
Der Ober, seinen Antrittsspeech
An unsre Weltstadtoben.
Sie hören zu und reiben brav
Aus mühen Augen sich den Schlaf:
„Hoch, Bermuth!
Gut! Sehr gut.“
Er blüht sie an und lächelt oft
Und redet weiserweise
Von Stellen dann, auf die er hofft —
Die Streife, ach, sind Greife!

Bisher hat ihren Intellekt
Noch keiner aus dem Schlaf geweckt.
Na, Bermuth —
Ob's der tut?
Verdäslafen steht und dornumhedt
Das Rathhaus — seine Nummer!
Ach, dieses Dornenröschgen weckt
Kein Feing aus tiefem Schlummer!
Nhm sinkt der Mut, er leucht voll Velm:
„Mein Gott, hier schlafst selbst mit ein!“
Na, Bermuth,
Man mehr Null!

Caliban im „Tag“

Eingegangene Schriften und Bücher

„Die Zukunft Deutschlands“ bringt neben einem erläuternden Text in verkleinert Form 24 farbige Tafeln, die im Auftrag der Zentralstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge von Regierungsrat Knöpfel entworfen sind.

Die Art der Darstellung ist überaus anschaulich und einbringlich und ist geeignet, vorbildlich auf diesem Gebiet zu wirken. Die Tafeln zeigen, daß der Geburtenrückgang eine Erscheinung ist, die sich in fast allen Kulturstaaten bemerkbar macht, daß aber Grad und Tempo des Rückgangs nicht nur in den einzelnen Staaten, sondern auch innerhalb unseres Volks in den einzelnen Gegenden und sozialen Klassen sehr verschieden ist. Besonders wirksam und einleuchtend ist jene Tafel, in der der Geburtenrückgang Frankreichs im vergangenen Jahrhundert als Zukunftsbild für die Weiterentwicklung in Deutschland dargestellt wird. Neben diesem Problem aus dem Gebiet der Bevölkerungsstatistik werden die Sterblichkeitsverhältnisse als statistischer Ausdruck für den Stand der Hygiene veranschaulicht, insbesondere die Sterblichkeitsunterschiede in Stadt und Land, Rückgang der Sterblichkeit und Säuglingssterblichkeit, ferner einleitend einige Tafeln über die Grundursachen der Bevölkerungsstatistik, über das verschiedene Wachstum der Bevölkerung und seine Ursachen, die Eheschließungen, Geburten, Todesfälle und Wanderungen. Preis 50 Pf. Zentralstelle für die Landesstatistik zu Darmstadt.

Filiale Nürnberg.

Unsere Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß wir für die Filiale ein neues Merkblatt herausgegeben haben. Dasselbe enthält jedes Mitglied. Wir erlauben, dies in das Mitgliedsbuch einzufügen, zuvor aber das alte zu entfernen.

Die Ortsverwaltung.

Ortsbeamtengejuch.

Die Filiale Wülhausen i. G. sucht zu möglichst baldigem Antritt einen

Ortsbeamten

zu den in der Arbeiterbewegung üblichen Anstellungsbedingungen und den vom Münchener Verbandstag beschlossenen Gehaltsätzen. Bedingung ist rednerische Befähigung und Gewandtheit in schriftlichen Arbeiten.

Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und einer Arbeit über die Aufgaben eines Ortsbeamten bis längstens Sonntag, den 22. September, mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Unterzeichneten einzureichen.

Der Kommissionvorsitzende:

Josef Henkel, Wülhausen i. G., Graßstr. 12.

Filiale Stettin

Unsere diesjährigen

Herbstvergnügungen

finden statt: am Sonnabend, den 21. September in den Fürstentätern, Oberwitz 53 u. Sonnabend, den 19. Oktober bei Telzerow, Gustav Adolfsstr. 39.

Anfang 8 Uhr abends. — Eintritt 60 Pf.

Eine Dame frei. Jede zweite Dame 25 Pf.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Totenliste des Verbandes.

Fritz Reichardt, Berlin Arbeiter (Wasserwerk, Berlin) † 2. 9. 1912, 65 Jahre alt.	Mathias Handl, München Arbeiter (Straßenbau) † 3. 9. 1912, 55 Jahre alt.
Georg Göbel, Nürnberg penf. Straßenbahnhilfsarbeiter † 2. 9. 1912, 59 Jahre alt.	Heinrich Hindk, Hamburg Gaswerk I † 3. 9. 1912, 45 Jahre alt.
Joh. Stülken, Hamburg-St. Stäferei II. G. † 2. 9. 1912, 84 Jahre alt.	Ludwig Gschlil, München Maurer (Manufakturbetrieb) † 3. 9. 1912, 43 Jahre alt.
Hermann Gudwald, Berlin Arbeiter (Wahlverwaltung) verstorben am 5. September im Alter von 46 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	